

4 Fallbeispiel 2: Dorfmark und die Ludendorffer

Von Stefan Eisen und Niklas Schröder

4.1 Einleitung

Vor der Gaststätte »Zur Post« in Dorfmark – etwa sieben Kilometer nordöstlich von Fallingb. – haben sich an diesem 30. März 2018 einige Dutzend Demonstranten zur Mahnwache versammelt und sind somit dem Ruf des »Netzwerkes Südheide gegen Rechtsextremismus« gefolgt. Es ist Karfreitag. An diesem Tag, wie auch an den beiden darauffolgenden, sind Kundgebungen und Demonstrationen in dem kleinen Heideort zwischen Hamburg und Hannover geplant. Der Protest richtet sich gegen die Jahrestagung des Bundes für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V., die seit vielen Jahren in dem beschaulichen Ort über Ostern stattfindet. »Mit Volkstanz und Vorträgen wird Kindern bis SeniorInnen Rassismus gelehrt. Bekannte Nazis sind immer wieder dabei«¹, heißt es im Aufruf des Netzwerkes. Aus Sicht der Protestierenden verbreiteten die Ludendorffer »antisemitische, antichristliche und unmenschliche Lehren«². Der DGB-Sprecher, der maßgeblich die Proteste organisiert, äußert: »Die aktuelle große rassistische Bewegung in Deutschland und Europa macht es notwendig, sicher [sic!] jedem Verbreiten und Pflegen von Rassismus entgegenzustellen und aufzuklären«³.

Viele der Anwesenden vor der Gaststätte sind einander bekannt. Banner wie beispielsweise »Gegen Rassismus und Antisemitismus« oder »Es gibt kein ruhiges Hinterland!« werden von antifaschistischen Gruppen gehisst, eine Stelltafel informiert über die Ludendorffer; es gibt Kaffee, manche wDemonstranten sind

1 O.V.: Protest gegen die Ludendorffer: Aufruf des »Netzwerks Südheide gegen Rechtsextremismus«, in: Celle Heute, 26.03.2018, URL: <https://celleheute.de/protest-gegen-die-ludendorffer-aufruf-des-netzwerks-su%CC%88dheide-gegen-rechtsextremismus/> [eingesehen am 17.02.2019].

2 O.V.: Osterproteste gegen rassistische Ludendorffer in Dorfmark, in: DGB Region Nord-Ost-Niedersachsen, 30.03.2018, URL: <https://nordostniedersachsen.dgb.de/termine/++co++4b3ba892-1d46-11e8-bb07-52540088cada> [eingesehen am 05.03.2019].

3 Ebd.

mit Klappstühlen gekommen. Es geht ruhig zu, um nicht zu sagen: statisch. Die Anhänger der Ludendorffer befinden sich in der Gaststätte. Die Fenster des Lokals sind mit Vorhängen verhangen. Man sieht nicht, was drinnen geschieht. Zäune umstellen die Gaststätte, halten die Gegendemonstranten auf Distanz. Es gibt einige Reden, etwas Musik, eine kleine Demonstration zieht zum Abschluss am Ostersonntag durch den 3.000-Einwohner-Ort. Ein entscheidendes Ziel des Gegenprotestes sei gewesen, die Ludendorffer »in ihrer Bewegungsfreiheit«⁴ einzuschränken, berichten Protestgruppen anschließend auf einem Internetportal.

Indes: Die Ludendorffer hatten gar nicht auf die Straße gehen wollen. Ihnen genügten auch in diesem Jahr die Räumlichkeiten an der Dorfmarker Poststraße. Im kommenden Jahr, so war im Umfeld der Ludendorffer zu hören, wie aus einem Bericht des als »Volkslehrer« bekannt gewordenen Nikolai Nerling hervorgeht, wolle man sich selbstverständlich wieder an Ostern in Dorfmark zur jährlichen Tagung treffen.⁵ Für den kleinen Ort in der Heide sind die Ludendorffer-Tagungen, die seit 1971 jährlich in Dorfmark stattfinden,⁶ vor allem aber der sich inzwischen formierende Gegenprotest ein Ereignis, das Aufsehen erregt. Die Frage danach, wie mit den Ludendorffern im Ort umzugehen sei, ist nach wie vor strittig. Das Verhältnis zwischen dem Ort Dorfmark, seinen zugehörigen Akteuren und den Ludendorffern wird im Folgenden genauer untersucht, um einen Einblick in die Wirkungsmechanismen lokalpolitischer Verhandlungsformen zu erhalten. Wie die Bürgerschaft auf die Ludendorffer reagiert, wie mit dem wiederkehrenden Tagungsereignis umgegangen wird und welche Deutungen dafür im Ort gefunden werden: All dies kann Aufschluss über das lokale Selbstverständnis geben.

4.2 Dorfmark: Ein kurzer Überblick

Zunächst einmal: Was macht den Ort Dorfmark aus? Dorfmark ist nicht einfach nur ein »Dorf«, wie sich vielleicht auf den ersten Blick, des Namens wegen, assoziieren ließe. Dorfmark ist ein Ortsteil der Stadt Bad Fallingb. im Landkreis Heidekreis im Städte-Dreieck Hannover, Bremen und Hamburg. Und sieht man einmal von der Kreisstadt Bad Fallingb. mit ihren ca. 7.700 Einwohnern ab, zählt Dorfmark mit etwa 3.200 Bürgern bereits zu den relativ großen Gemeinschaften

4 Autonome Antifa SFA: Bericht zur 2. Osterdemonstration in Dorfmark [Nds], 03.04.2018, URL: <https://de.indymedia.org/node/19594> [eingesehen am 05.03.2019].

5 Siehe Nerling, Nikolai: Ostern bei Ludendorffs (Das Ende ist der Hammer!) | RE-UPLOAD, 20.04.2018, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=RIMB6qVXIU> [eingesehen am 28.01.2019].

6 Siehe Bund für Gotterkenntnis e.V.: Informationsblatt Bund für Gotterkenntnis e.V. 2013, URL: http://ludendorff.info/Richtigstellungen/Informationsblatt_%20Dorfmark_2013.pdf [eingesehen am 30.05.2018].

in dieser Region der Lüneburger Heide, da die umliegenden ruralen Gebiete und benachbarten Siedlungen wie etwa Jettebruch, Mengebostel, Riepe oder Vierde zusammengekommen lediglich wenige hundert Einwohner zählen.⁷ Das bedeutet – trotz einer formalen Gleichheit gegenüber den genannten Siedlungen als Teil der Gemeinde Bad Fallingbostel – eine gewisse Eigenständigkeit und Unabhängigkeit Dorfmarks von der Kernstadt, die sich sowohl im kulturellen und sozialen Leben vor Ort als auch in infrastrukturellen Kategorien widerspiegelt.

Denn neben einer direkten Anbindung an die Nord-Süd-Autobahn 7 fällt auch die relativ gute Anbindung an die genannten umliegenden Großstädte auf: In nur einer Stunde erreicht man auf südlichem Weg die Landeshauptstadt Hannover; steigt man in eine Bahn in die entgegengesetzte Richtung, kommt man nach etwa anderthalb Stunden am Hauptbahnhof der Hansestadt Hamburg an. Als infrastruktureller Knotenpunkt und aufgrund des davon abgeleiteten Standortvorteils ist Dorfmark nicht nur für Berufspendler attraktiv, sondern es bedingt auch eine gewisse Beliebtheit der Region für Ausflügler und Urlauber aus den umliegenden Ballungsräumen. In einem 2013 entworfenen Papier, in welchem Bürger sowie Vertreter örtlicher Verbände und Vereine mit den Entscheidungsträgern in Verwaltung und Politik ihre Zukunftsvision für die Gemeinde im Jahr 2030 festgehalten haben, heißt es: »Bad Fallingbostel hat sich als Reise- und Ausflugsziel zwischen den Ballungsräumen etabliert. Gäste aus den Großstädten kennen die Stadt und ihre Umgebung als attraktive Region für aktive Erholung und wellnesorientierte Angebote in schöner Landschaft.«⁸

Um sich diesem Ziel einer besseren touristischen Erschließung und Vermarktung der Gemeinde anzunähern, hatte sich auch der Verein Dorfmark Touristik e.V. gegründet, der seitdem das örtliche Fremdenverkehrswesen koordiniert. Auf der Website des Vereins wirbt man nicht nur mit »alte[n] Traditionen und coole[n] Attraktionen«⁹, sondern bietet auch eine Vermittlung von Ferienwohnungen und -zimmern an. Als touristische Highlights von Dorfmark werden auf der Online-Präsenz neben Ausflügen in die umliegende Heidelandschaft auch die traditionelle Fachwerkarchitektur und das Strandbad hervorgehoben, das Badevergnügen »für

7 Siehe Stadt Bad Fallingbostel: Angaben zu den Ortschaften, URL: www.badfallingbostel.de/staticsite/staticsite.php?menuid=53&topmenu=1 [eingesehen am 22.12.2018]; Landesamt für Statistik Niedersachsen: Regionalmonitoring: Bevölkerungsstand am 31.12. Einheitsgemeinde Bad Fallingbostel, Stadt, URL: <https://www1.nls.niedersachsen.de/statistik> [eingesehen am 22.12.2018].

8 Stadt Bad Fallingbostel: Aktiv – lebenswert – mittendrin. Leitbild für die Stadt Bad Fallingbostel, URL: www.badfallingbostel.de/pics/medien/1_1374672344/Leitbild.pdf [eingesehen am 22.12.2018], S. 14.

9 Dorfmark Touristik e.V.: Wir stellen uns vor, URL: <http://erlebnisdreieck.de/wir-stellen-uns-vor/> [eingesehen am 22.12.2018].

die ganze Familie« verspreche.¹⁰ Dabei habe sich der Ort in seiner »tausendjährigen Geschichte den typisch »dörflichen« Charakter« erhalten, biete aber gleichzeitig alles, was Besucher für ihr Wohlbefinden und den täglichen Bedarf benötigen würden.¹¹

Im Ortskern – unweit des Bahnhofs – finden sich neben einer Sparkassenfiliale auch eine Apotheke, eine Bäckerei und ein Supermarkt. Im westlichen Teil trennt die Bundesstraße 440 mit anliegender Tankstelle den älteren Ortskern von einem Neubaugebiet; im Osten separieren die Bahnschienen die Ortsmitte von einem kleinen Industriegebiet. In vier Jahrgangsstufen beherbergt die örtliche Grundschule momentan acht Klassen; in seiner Praxis praktiziert der ansässige Allgemeinmediziner zumindest noch so lange, bis er ins Rentenalter eintritt; und jeden Mittwochabend werden in der Fahrschule unweit des von Notz-Parks junge Menschen für ihre anstehenden Fahrprüfungen geschult.

Dorfmark bietet also trotz seiner recht überschaubaren Einwohnerzahl alle notwendigen infrastrukturellen und sozioökonomischen Angebote und Instanzen, die im Vergleich etwa südwestdeutsche Dorfgemeinschaften ähnlicher Größe in der Regel nicht vorweisen können, wo man oftmals schon mit einer Tankstelle, einem kleinen Discounter und einem Döner-Imbiss zufrieden ist. Obwohl die Hauptarbeitgeber der Region eher in den benachbarten Städten zu finden seien und auch Dorfmark nicht von den Auswirkungen eines Strukturwandels auf dem Land (Sorgen wegen Ärztemangels, sterbende Landwirtschaft etc.) verschont bleibe, fühle man sich in Dorfmark weiterhin »ganz gut aufgestellt« (I10), wie uns ein Anwohner berichtet.

Einen wichtigen Beitrag zu diesem Gefühl des »Gut aufgestellt«-Seins abseits praktischer Dimensionen – woraus sicherlich auch ein gewisser Regionalstolz spricht – leisten ein reges Vereins- und Verbandswesen innerhalb des Ortes sowie die jährlich stattfindenden Festivitäten. Schon seit dem Jahr 1928 feiert Dorfmark das sogenannte Strandfest am Badeteich im Süden des Ortes und lockt an dem entsprechenden Wochenende im Sommer tausende Besucher in den Ort.¹² Wichtiger Teil des Festprogramms ist neben einer Party im Zelt und einem großen Feuerwerk über dem Strandbad auch der sonntägliche Festumzug, bei dem die aktiven Vereine aus dem Ort den anwesenden Gästen ihre Festwagen präsentieren.

Einen besonderen Stellenwert innerhalb dieses Vereinswesens nimmt die traditionsreiche Handballabteilung (gegründet 1908) des örtlichen Sportvereins TSV Dorfmark ein. Obwohl man sich mittlerweile mit dem benachbarten Verein aus

10 Dorfmark Touristik e.V.: Dorfmark, URL: <http://erlebnisdreieck.de/wir-stellen-uns-vor/dorfmark/> [eingesehen am 22.12.2018].

11 Ebd.

12 Siehe Strandfest Dorfmark: Über uns.... Das Strandfest Dorfmark ist das größte »Volksfest« der Südheide!, URL: www.strandfest-dorfmark.de/Ueber_uns.html [eingesehen am 23.12.2018].

Bad Fallingbostal zu einer Spielgemeinschaft zusammengeschlossen hat, ist man auch heute noch stolz auf die Dorfmarker Handballtradition und die Erfolge der vielen Jugend- und Seniorenteams. Kamen wir beispielsweise in unseren Gesprächen mit Anwohnern auf das Thema Vereine zu sprechen, bezeichneten sie Dorfmark wahlweise als »Handballnation« (I8) oder »Handballzentrum« (I14). Zudem gibt es im TSV noch weitere Sportarten wie Tischtennis, Fußball oder Turnen, aber es existieren auch Angebote abseits des Sportvereins: Die freiwillige Feuerwehr in Dorfmark ist mit vier Einsatzfahrzeugen und 55 Mitgliedern aktiv;¹³ der Männergesangsverein »Liedertafel« engagiert sich in einem Netzwerk der Gesangsvereine im Landkreis; im sogenannten Hegering Dorfmark werden Jagden in den umliegenden Wäldern organisiert. Zudem bemüht man sich, die Geschichte des Ortes und die regionale Kultur am Leben zu erhalten: Seit seiner Gründung habe der Heimatverein von Dorfmark eigenen Angaben zufolge knapp 500 Mitglieder gewonnen,¹⁴ betreibe ein Archiv und Museum, gebe eigene Publikationen heraus und habe vor einigen Jahren mit den »Derpmarker Plattsnackern« einen plattdeutschen Stammtisch ins Leben gerufen.

Neben dieser lebendigen Vereinskultur, die nahezu alle Interviewpartner – Ortsansässige wie Auswärtige – herausstellen, kristallisiert sich zudem die Kirche als bedeutende soziale Akteurin im Ort heraus. Anders als auf kommunaler Ebene wurde das Kirchspiel Dorfmark in den vergangenen Jahrzehnten nicht in eine größere Gliederung mit Fallingbostal eingeteilt, sondern besteht als eigenständige Kirchgemeinde St. Martin mit einem Pastor und einer halben Stelle für eine Diakonin fort. Obgleich die Gemeinde Bad Fallingbostal gemäß den Zensusdaten zur Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche im Mittel des Landkreises liegt,¹⁵ schilderte uns ein Interviewter, das Dorfmark in den Kreisen der Landeskirche »immer als intakte Kirchengemeinde« (I15) wahrgenommen worden sei, die gute Besuchszahlen vorweisen könne.

Blickt man auf die für Dorfmark bestimmenden politischen Schlagzeilen und Herausforderungen der vergangenen Jahre, dominierten zwei Themen sowohl unsere Interviews als auch die Berichterstattung der (über-)regionalen Medien. Erstens: der Abzug der britischen Streitkräfte aus dem benachbarten Militärstützpunkt; und zweitens: die vergleichsweise hohen Zuteilungsraten von Geflüchteten für die Gemeinde Bad Fallingbostal. Dabei sind beide Ereignisse insofern mitein-

13 Siehe Freiwillige Feuerwehr Dorfmark: Über uns, URL: www.feuerwehr-dorfmark.de/index.php/ueber-uns [eingesehen am 23.12.2018].

14 Siehe Heimatverein Dorfmark: Was wir wollen, URL: <https://www.heimatverein-dorfmark.de/willkommen/was-wir-wollen/> [eingesehen am 23.12.2018].

15 Siehe Landkreis Soltau-Fallingbostal (heute Heidekreis): 61,69 %; Gemeinde Bad Fallingbostal: 61,87 % vgl. Statistisches Bundesamt, Zensus 2011, URL: <https://ergebnisse.zensus2011.de/> [eingesehen am 23.12.2018].

ander verwoben, als sie zeitlich zusammenfallen und auch ähnliche Gegenstände tangieren.

Ihren Anfang nahmen die Ereignisse im Mai 2015. Angeführt von Dudelsackklängen verabschiedeten sich die britischen Regimenter vom benachbarten Truppenübungsplatz Bergen/Oerbke mit einer Militärparade durch die Innenstadt von Bad Fallingbostal.¹⁶ Während mit diesem Wochenende eine siebzig Jahre andauernde Nachbarschaft endete, begann für die Gemeinde ein »deutlicher Einschnitt« (I12) in mehreren Bereichen, wie ein Mitarbeiter aus der Verwaltung schilderte. Mit dem Abzug nahmen die über 3.000 Angehörigen des britischen Militärs nicht nur ihre Kaufkraft mit zurück nach Großbritannien, sondern auch den Bedarf an Wartungs- und Reparaturmaßnahmen, den bis dahin örtliche Handwerksbetriebe befriedigt hatten.

Abseits dieser ökonomischen Dimension verursachte das Ereignis vor allem einen massiven Überschuss an Wohnraum. Noch 2012 seien in Dorfmark achtzig Wohnungen für Offiziersangehörige gebaut worden, wie einer unserer Gesprächspartner (I11) berichtete, die nun neu vermietet werden müssten – ein noch verhältnismäßig kleiner Teil im Vergleich zu den 1.200 freigewordenen Wohneinheiten, die im Gebiet der Kernstadt und dem nahegelegenen Camp Fallingbostal vakant geworden seien.

In diese beginnende Phase der Transition fielen die Zuzugsbewegungen von Flüchtenden, die Deutschland im Jahr 2015 erreichten und die Behörden vor enorme Herausforderungen stellten. Schon vor dem Abzug der britischen Streitkräfte waren Bad Fallingbostal – wie jeder anderen Gemeinde in Deutschland auch – Asylbewerber zur Unterbringung zugeteilt worden. In Verbindung mit dem nun freigewordenen Wohnraum auf dem ehemaligen Kasernengelände seien aber noch im selben Sommer Überlegungen zur Unterbringung einer größeren Anzahl von Geflüchteten auf dem Areal gereift. Im September 2015 habe die Lokalpolitik von den Plänen der niedersächsischen Behörden, in den ehemaligen Militärbauten eine Erstaufnahmestelle zu eröffnen, erfahren. Wenige Tage später hätten dann, nach Angaben unseres Gesprächspartners, 1.500 Menschen die neu geschaffene Erstaufnahme erreicht.¹⁷ Während sich für die Bad Fallingbostler Verwaltung hieraus die Notwendigkeit ergab, binnen kurzer Zeit einen hohen Organisationsaufwand zu stemmen, bedeuteten die gestiegenen Flüchtlingszahlen auch für die lokale »Will-

16 Vgl. Rabe, Andreas: Too Bad Fallingbostal: Briten ziehen ab, in: NDR, 17.05.2015, URL: https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg_heide_unterelbe/Too-Bad-Fallingbostal-Briten-ziehen-ab,fallingbostal122.html [eingesehen am 24.12.2018].

17 Laut Medienberichten sind die Angaben zu Flüchtlingszahlen etwas niedriger, aber für die Größe der Gemeinde dennoch relativ hoch; vgl. Exner, Ulrich: Das gebeutelte Dorf hofft auf das Geld der Flüchtlinge, in: Die Welt, 26.09.2015.

kommensgruppe« (ein Bündnis aus Kirche und Bürgern zur Unterstützung Geflüchteter) noch mehr ehrenamtliches Engagement.¹⁸

Indes rief die Erstaufnahmestelle auch Protest auf den Plan: Im Oktober 2015 meldete die niedersächsische NPD eine Kundgebung unter der Losung »Asylflut stoppen!« in der Innenstadt von Bad Fallingbostal an – den 25 Teilnehmern aufseiten der Rechtsradikalen standen allerdings 500 Gegendemonstranten gegenüber, die dem Aufruf zur Gegenkundgebung von DGB, Grünen und der evangelischen Kirche vor Ort gefolgt waren.¹⁹ Es gab also durchaus Widerspruch und Missmut ob der Unterbringung von Flüchtlingen in Dorfmark; aber die etablierte rechtsradikale Szene um die NPD herum wusste diesen nur teilweise zu adressieren, denn laut unseren Interviewten habe es lediglich zwei »große Nazidemos« (I11) gegeben. Die Kritik an der Unterbringung muss im Dorf augenscheinlich aber dennoch größer gewesen sein, denn der Stadtrat rief die Bürger dazu auf, sich »gegen diskriminierende, fremdenfeindliche und rassistische Äußerungen« zu verwahren und »aktiv für Integration und ein friedliches Zusammenleben« einzutreten.²⁰ Ein solcher Aufruf wäre nicht notwendig, hätte es keine kritischen Stimmen gegeben. Dies bestätigt uns auch ein Gesprächspartner, der davon sprach, dass die Stimmung innerhalb der Dorfgemeinschaft gespalten gewesen sei (I8).

Verantwortlich für Dorfmark ist die amtierende Bürgermeisterin der Gemeinde Bad Fallingbostal, die sich bei der Wahl 2014 als Parteilose gegen den bis dato regierenden Bürgermeister von der CDU durchsetzen konnte. Bei den letzten Kommunalwahlen im Jahr 2016 wurde die SPD mit 34,8 Prozent stärkste Kraft und bildete seitdem mit zehn Mitgliedern die größte Fraktion im Rat der Stadt Bad Fallingbostal.²¹ Ihr folgte eine Gruppe aus Mitgliedern der CDU mit acht und der FDP mit zwei Sitzen, die Bürgerliste Bad Fallingbostal mit drei Repräsentanten sowie die Liste von Bündnis 90/Die Grünen mit zwei Sitzen.²² Die Liste der AfD, die bei der Kommunalwahl 2016 erstmals angetreten war, vereinte 9,6 Prozent auf sich, mit denen sie drei Sitze im Rat errang – da die Liste jedoch lediglich einen Vorschlag enthielt, bleiben die zwei übrigen Sitze bis zur nächsten Kommunalwahl im

18 Siehe o.V.: »Wir machen nicht nur warm, satt, sauber«, in: Spiegel Online, 23.12.2015, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-in-bad-fallingbostal-warm-satt-sauber-a-1068991.html> [eingesehen am 13.03.2019].

19 Siehe o.V.: 500 Menschen demonstrieren gegen NPD-Demo, in: Kreiszeitung.de, 24.10.2015, URL: <https://www.kreiszeitung.de/lokales/heidekreis/bad-fallingbostal-ort28275/menschen-protestieren-gegen-npd-demo-fallingbostal-5680990.html> [eingesehen am 13.03.2019].

20 Zit. nach o.V.: Versammlung der NPD: Betroffenheit, in: Kreiszeitung.de, 27.10.2015, URL: <https://www.kreiszeitung.de/lokales/heidekreis/bad-fallingbostal-ort28275/stellungnahme-stadt-fallingbostal-5677569.html> [eingesehen am 13.03.2019].

21 Siehe Stadt Bad Fallingbostal: Ergebnis Stadtrat Bad Fallingbostal 2016, URL: <http://badfallingbostal.ftp.citywerk.net/KW2016/index.html> [eingesehen am 23.12.2018].

22 Siehe ebd.

Jahr 2021 unbesetzt.²³ Trotz gradueller Unterschiede wurden die Sozialdemokraten in der Region auch bei der Landtagswahl 2017 stärkste Kraft; lediglich bei der Bundestagswahl 2017 wählte man im Wahlbezirk knapp mehr Christ- als Sozialdemokraten. Der Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Rotenburg/Heidekreis ist der SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil.

Geht man, so wie in repräsentativen Studien über Wahlen vergangener Jahre nachgewiesen,²⁴ davon aus, dass sich zwischen Briefwahl und der direkten Entscheidung an der Urne lediglich geringfügige Unterschiede in der Parteipräferenz ergeben, so lässt sich für den niedersächsischen Vergleich in Bezug auf das Wahlverhalten in Dorfmark Folgendes feststellen: Während sich bei der Bundestagswahl keine signifikanten Unterschiede zum Abstimmungsverhalten der anderen Niedersachsen zeigen, fällt bei der Landtagswahl ein überdurchschnittliches Ergebnis für die SPD (sieben Prozent über dem niedersächsischen Mittelwert) und ein unterdurchschnittliches (fünf Prozent unter dem niedersächsischen Mittelwert) für die FDP auf. Relativiert wird aber zumindest das gute Ergebnis der SPD von einer ähnlichen Tendenz, die sich für den gesamten Wahlkreis feststellen lässt.²⁵

4.3 Der Bund für Gotterkenntnis (Ludendorffer)

Der Bund für Gotterkenntnis ist eine religiös-völkische Weltanschauungsgemeinschaft, die von General Erich Ludendorff und seiner Frau Mathilde bereits in der Weimarer Republik gegründet wurde.²⁶ Entstanden aus dem Tannenbergbund (1925-33) sowie dem Deutschvolk e.V., wurde zunächst 1937 die Vereinigung Deutscher Gotterkenntnis (L) gegründet, die 1951 im Bund für Gotteserkenntnis (L) aufging.²⁷ Gab es zu Beginn zwischen dem »Haus Ludendorff«, wie Erich und Mathilde Ludendorff aufgrund ihrer gemeinsamen Auftritte auch genannt wurden, und der NSDAP noch eine gewisse Zusammenarbeit, so kühlte das Verhältnis

23 Siehe Stadt Bad Fallingbommel: So arbeitet der Rat. Informationen für kommunalpolitisch interessierte Einwohnerinnen und Einwohner, URL: www.badfallingbommel.de/pics/medien/1_1437040072/Internetvorlage_Infoveranstaltung_So_arbeitet_der_Rat-2017.pdf [eingesehen am 23.12.2018], S. 8.

24 Vgl. Pokorny, Sabine: Die schwankenden Wähler. Eine repräsentative Untersuchung zu Briefwählern, Parteipotenzialen und Einstellungen zu Politik, Politikern und Parteien in Deutschland nach der Bundestagswahl 2017, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2018, S. 3.

25 Siehe Heidekreis: Landtagswahl 2017 Zweitstimmen WK43, URL: www.wahlen-heidekreis.de/ltw2017wk43z/ [eingesehen am 24.12.2018].

26 Vgl. Reller, Horst/Krech, Hans/Kleiminger, Matthias: Esoterische und neugnostische Weltanschauungen und Bewegungen, in: Dies. (Hg.): Handbuch religiöser Gemeinschaften und Weltanschauungen Völkische Siedlungsbewegungen, Gütersloh 2000, S. 501-685, hier S. 555f.

27 Vgl. ebd.

zwischen diesen beiden völkischen Bewegungen 1927 ab.²⁸ Vielmehr konnte die Gruppierung um das Ehepaar Ludendorff innerhalb der völkischen Strömungen Deutschlands durchaus als weltanschauliche Konkurrenz zur NSDAP betrachtet werden.

Auch gab es einige inhaltliche Unterschiede: Während innerhalb der NS-Bewegung zahlreiche Akteure am christlichen Glauben festhalten wollten, lehnten die Ludendorffer das Christentum als »artfremd«²⁹ ab. Um die Konkurrenz klein zu halten und der Verbreitung weiterer Schmähchriften gegen die NSDAP ein Ende zu setzen, schränkten die Nationalsozialisten ab 1933 den Handlungsspielraum der Ludendorffer (als Tannenbergbund) stark ein.³⁰ Eine offene Kritik an der Politik Hitlers wurde nicht geduldet.³¹ Nachdem sich die Beziehungen zwischen dem NS-Staat und der katholischen Kirche weiter verschlechtert hatten und es zu einem von Joseph Goebbels inszenierten »Sittlichkeitsprozess« gegen katholische Geistliche gekommen war, änderte sich auch das Verhältnis der NSDAP zur Ludendorffer-Bewegung.³² Am 30. März 1937 kam es zu einem Treffen zwischen Hitler und Ludendorff, in dessen Folge die Restriktionen aufgehoben wurden.³³ Erich Ludendorff konnte daraufhin den Bund für Deutsche Gotterkenntnis (Ludendorffer) e.V. als offiziellen Verein eintragen lassen. Nur wenige Monate nach diesem Achtungserfolg für seine Gemeinschaft starb der Patron.³⁴

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gelang es Mathilde Ludendorff bereits 1947, den Bund mit Genehmigung der amerikanischen Militärregierung auf ausschließlich »religiöser Grundlage« erneut zu gründen. In den anderen Besatzungszonen wurde ähnlich verfahren.³⁵ Dennoch konnte Mathilde Ludendorff nicht ohne Weiteres an ihre vorherige Agitation anknüpfen: Die Spruchkammer München stufte sie im Dezember 1949 im Zuge eines Entnazifizierungsverfahrens zunächst als »Hauptschuldige« ein.³⁶ Diese Entscheidung wurde in einem späteren Berufungsverfahren im Januar 1951 allerdings in »belastet« geändert,³⁷ was zur Folge

28 Vgl. Amm, Bettina: Die Ludendorff-Bewegung im Nationalsozialismus. Annäherung und Abgrenzungsversuch, in: Puschner, Uwe/Vollnhals, Clemens (Hg.): Die völkisch-religiöse Bewegung im Nationalsozialismus. Eine Beziehungs- und Konfliktgeschichte, Göttingen 2012, S. 127-147, hier S. 127.

29 Zit. nach ebd., S. 131.

30 Vgl. ebd., S. 129-130.

31 Vgl. ebd., S. 131.

32 Vgl. ebd., S. 134f.

33 Vgl. ebd., S. 135.

34 Vgl. ebd., S. 136.

35 Vgl. Amm, Bettina: Die Ludendorff-Bewegung. Zwischen nationalistischem Kampfbund und völkischer Weltanschauungssekte, Hamburg 2006, S. 266.

36 Vgl. ebd., S. 268.

37 Vgl. ebd., S. 270.

hatte, dass Mathilde Ludendorff politisch sowohl passive als auch aktive Tätigkeiten untersagt blieben. Auch Vorträge und publizistische Aktivitäten waren ihr für die folgenden sieben Jahre nicht gestattet.³⁸ Dies konnte jedoch nicht verhindern, dass die Ludendorffer als Bund für Gotterkenntnis (L) (im weiteren »BfG« abgekürzt) ab 1951 erneut aktiv wurden.³⁹

Dabei wurde nicht nur nahtlos an alte weltanschauliche Positionen angeschlossen, sondern auch eine neue Frontstellung gegenüber den ungeliebten bundesrepublikanischen Verhältnissen eingenommen. Die Kritik des BfG, der inzwischen mehr als 4.000 Mitglieder zählte,⁴⁰ an der Demokratie zeigt sich beispielsweise in Äußerungen, in denen der bundesrepublikanische Staat als »herausgeputzte Scheindemokratie«⁴¹ und als ein »Instrument zur verschleierten Volksversklavung«⁴² bezeichnet wurde. Auch berichtete die *Zeit* im Jahr 1966, die Ludendorffer hätten zum Wahlboykott aufgerufen und die Bonner Politiker als »Volksverderber« verunglimpft.⁴³ Besonders skandalisierte die Zeitung die fortwährenden antisemitischen Äußerungen seitens der Ludendorffer, an denen sich mit der Niederlage des nationalsozialistischen Regimes wenig geändert habe. So verweist sie auf ein Flugblatt der Hohen Warte (dem Hausverlag der Ludendorffer), in welchem gefordert wurde, »Juden und andere Fremdrassige« dürften keine deutsche Staatsbürger sein und keine Ämter bekleiden. Wenn sie die »deutsche Staatsangehörigkeit erwerben wollen, müssen [sic!] sie sich von den Zielen der Thora und des Talmud lossagen«⁴⁴.

Der Bund für Gotterkenntnis (L) wurde am 28. Januar 1965 vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof wegen »verfassungsfeindlicher Zielrichtung und Tätigkeit« verboten.⁴⁵ Der BfG wehrte sich gegen dieses Verbot. Da die Verbotsverfahren von Landesinstanzen und nicht auf Bundesebene erlassen wurden, strebten die Ludendorffer »23 Prozesse gegen 23 Innenminister, Innensenatoren und Regierungspräsidenten an«⁴⁶. Darüber hinaus gründete sich die Gruppe parallel neu als Weltanschauungsgemeinschaft mit dem neuen Namen Gotterkenntnis Mathilde Ludendorff e.V.⁴⁷; die Namensgeberin verstarb indes kurz darauf.⁴⁸ Das Verbot

38 Vgl. ebd.

39 Vgl. Thalmann, Gideon/Reiter, Felix: Im Kampf gegen »überstaatliche Mächte«. Die völkische Ludendorff-Bewegung von »Jugenderziehung« bis »Ahnenpflege«, Braunschweig 2011, S. 17.

40 Vgl. ebd.

41 Strothmann, Dietrich: Tod in Tutzingen, in: Die Zeit, 27.05.1966.

42 Ebd.

43 Siehe ebd.

44 Zit. nach ebd.

45 Vgl. Amm: Die Ludendorff-Bewegung, S. 279.

46 Ebd., S. 278.

47 Vgl. Reller/Krech/Kleiminger: Esoterische und neugnostische Weltanschauungen und Bewegungen, S. 555f.

48 Vgl. Amm: Die Ludendorff-Bewegung, S. 98.

wurde 1976, nach knapp zwölf Jahren, aus formal-juristischen Gründen wieder aufgehoben, sodass die Organisation 1977 wieder unter altem Namen aktiv werden konnte.⁴⁹ In dem offiziellen Verbotszeitraum fand 1971 auch das erste »Ostertreffen« der Ludendorffer in Dorfmark statt. Bis heute ist die Ludendorff-Bewegung unter dem Namen Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V. aktiv.⁵⁰

Aber seitdem die beiden Gründer, nunmehr vor allem als Säulenheilige verehrt, verstorben sind, haben die Ludendorffer an öffentlicher Bedeutung verloren. Heutzutage geht man von ca. 250 Mitgliedern aus.⁵¹ Der BfG hat seinen Hauptsitz mit seinem Verlag Hohe Warte heute in Tutzing (Bayern).⁵² Darüber hinaus werden dem BfG noch weitere Organisationen zugerechnet, wie etwa der Arbeitskreis für Lebenskunde⁵³ oder Die Deutsche Volksschule.⁵⁴ Den Vereinsvorstand führte von der Neugründung 1977 bis 2010 der Mediziner Gunther Duda.⁵⁵ Duda, bis 1998 hauptberuflich als Arzt in Dachau tätig,⁵⁶ publizierte nicht nur in *Mensch und Maß*, der offiziellen Ludendorffer-Schriftenreihe, sondern auch in dem »NS-apologetische[n] Blatt« »Recht und Wahrheit«⁵⁷. Im Anschluss an Duda übernahm die Apothekerin Gudrun Klink den Vorsitz; stellvertretender Vorsitzender ist der Rentner Gerhard Fuchs.⁵⁸ Der BfG hält jährlich verschiedene Tagungen ab. So finden neben dem Treffen in Dorfmark auch die »Hochschultagung« in Tutzing, die »Kulturtagung« in Greifswald sowie eine »Herbst-Kulturtagung« in Herboldshausen, aber auch noch weitere regelmäßige Zusammenkünfte statt.⁵⁹

Gerade Niedersachsen spielt für die Ludendorffer eine besondere Rolle und kann als deren Hochburg betrachtet werden. Denn vor dem Verbot habe der BfG allein hier mehr als 800 Mitglieder gezählt – über ein Fünftel seiner gesamten Mitgliedschaft.⁶⁰ Dieser Umstand deutet darauf hin, dass es für die Ludendorffer im niedersächsischen Umland günstige Voraussetzungen sowie organisatorische und finanzielle Unterstützung gab.⁶¹ Dies würde auch erklären, weshalb die alljährliche Tagung in Dorfmark von Karfreitag bis Ostermontag von Ludendorffern

49 Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Antwort auf eine Kleine schriftliche Anfrage: Ludendorffer – Wie gefährlich ist die völkische Gruppierung?, Drs 17/2358 v. 11.11.2014, S. 2.

50 Siehe ebd.

51 Siehe ebd.

52 Siehe ebd.

53 Siehe Thalmann/Reiter: Im Kampf gegen »überstaatliche Mächte«, S. 25–29.

54 Siehe ebd., S. 47f.

55 Vgl. ebd., S. 18.

56 Vgl. Bosch, Magnus: »Einsatz für Gotteserkenntnis«, in: Blick nach Rechts, 08.03.2011.

57 Ebd.

58 Vgl. Thalmann/Reiter: Im Kampf gegen »überstaatliche Mächte«, S. 18.

59 Vgl. ebd., S. 19f.

60 Vgl. ebd., S. 22.

61 Vgl. ebd.

in Norddeutschland als die wichtigste Veranstaltung des Jahres eingestuft wird.⁶² Schließlich mobilisiert der BfG für dieses Treffen sowohl bundesweit als auch international.⁶³

Hierbei zeigt sich, dass der BfG innerhalb der rechtsradikalen Szene vernetzt ist.⁶⁴ Darauf weist vor allem die Zahl prominenter Akteure aus dem rechtsradikalen Spektrum hin, die sich zu Ostern in Dorfmark einfinden. So war 2010 u.a. der Altnazi Hans-Joachim Hermann vor Ort.⁶⁵ Der rechtsextreme Aktivist Steffen Hupka war nachweislich mindestens in den Jahren 2011⁶⁶ und 2016⁶⁷ angereist. Auch die mehrfach wegen Leugnung des Holocaust verurteilte Ursula Haverbeck-Wetzel fand sich 2013 in Dorfmark ein.⁶⁸ 2018 war der rechtsradikale Videoblogger Nikolai Nerling anwesend und veröffentlichte auf seinem *YouTube*-Kanal einen knapp vierzigminütigen Bericht über die Tagung.⁶⁹ Ein solcher Bericht ist (unabhängig vom Motiv) gerade deshalb von Relevanz, da über den Ablauf dieser internen Tagungen kaum gesicherte Informationen existieren. Bis heute ist noch nicht einmal valide belegt, wie viele Teilnehmer bei den geschlossenen Treffen überhaupt dabei sind – Schätzungen gehen von jährlich 80 bis 200 Personen aus.⁷⁰

Doch was zeichnet diese Weltanschauungsgemeinschaft aus und wofür steht sie politisch? Im Kern beruht die Vorstellungswelt der Ludendorffer auf einem Verschwörungsmythos: Demnach befinde sich das deutsche Volk in einem Abwehrkampf gegen »überstaatliche Mächte«⁷¹. Zu diesen Mächten zählen die Ludendorffer etwa den Sozialismus und Kommunismus, die Freimaurerei und die katholische Kirche – denn diese seien schließlich alle von jüdischen Verschwörern gesteuert.⁷² Sie hätten zum Ziel, die unterschiedlichen »Rassen« zu vermischen und damit ei-

62 Siehe ebd., S. 19.

63 So reisten bspw. 2013 und 2016 sogar Besucher aus Frankreich, der Schweiz und Schweden eigens zur Tagung nach Dorfmark; vgl. Feldmann, Julian: Völkisches Treffen im »Deutschen Haus«, in: *Blick nach Rechts*, 03.04.2013; Feldmann, Julian: Braunes Ostertreiben, in: *Blick nach Rechts*, 29.03.2016.

64 Vgl. Feldmann, Julian: Völkische Ostern; in: *Blick nach Rechts*, 07.04.2015.

65 Vgl. Röpke, Andrea: »Geschlossene Gesellschaft«; in: *Blick nach Rechts*, 06.04.2010.

66 Siehe Schölermann, Stefan: Ärger um Polizeieinsatz in Dorfmark; in: *NDR Info*, 23.04.2018, URL: <https://web.archive.org/web/20110425230144/www.ndr.de/regional/niedersachsen/heide/dorfmark115.html> [eingesehen am 10.12.2018].

67 Siehe Thalmann/Reiter: Im Kampf gegen »überstaatliche Mächte«, S. 19.

68 Feldmann: Völkisches Treffen im »Deutschen Haus«.

69 Nerling: Ostern bei Ludendorffs.

70 Siehe Feldmann, Julian: Völkische tagen, Neonazis provozieren, in: *Blick nach Rechts*, 18.04.2017; Thalmann/Reiter: Im Kampf gegen »überstaatliche Mächte«, S. 19.

71 O.V.: Ludendorffs Kampf gegen die überstaatlichen Mächte, in: *Deutsche Wochenschau*, H. 10/1928, S. 1-2.

72 Vgl. Thalmann/Reiter: Im Kampf gegen »überstaatliche Mächte«, S. 4f.

ne Gotterkenntnis zu verunmöglichen, wodurch ihnen letzten Endes gelänge, die Weltherrschaft zu erlangen.⁷³

Als genuin ludendorfferisches Element kommt eine ganz eigene »Rassen«-Vorstellung hinzu: Diese »Rasse« wird nicht bloß auf biologische Merkmale reduziert, sondern unter dem Rassebegriff wird auch eine »arteigene Kultur« subsumiert.⁷⁴ Daraus folgt, dass es für jedes Volk auch eine richtige, weil arteigene Kultur gebe. Nur die Reinheit der Rasse könne demnach zur Gotterkenntnis führen, weshalb die völkische Vorstellung einer solchen Reinheit auch religiös begründet wird. Diese manichäische Heilsgeschichte findet ihren Ausdruck in der Unterteilung von »Licht- und Schachtvölkern«. Die »Lichtvölker« seien mit ihren »Lichtlehren« dem Gotterleben näher als die »Schachtvölker« mit ihren entsprechenden »Schachtlehren«.⁷⁵ Deshalb dürfen in der Vorstellungswelt der Ludendorffer diese Rasstypen auch nicht durchmischt werden – weder im streng biologischen noch allgemeiner im kulturellen Sinn. Eine »Rassenmischung«, so beschreibt es Mathilde Ludendorff, sei eine »Todesgefahr der Völker«.⁷⁶

So schreibt Mathilde Ludendorff zum Beispiel in ihrem Buch »Deutscher Gottglaube«, dass das »jüdische Volk [...] allen Völkern Rassebewusstsein und blutmäßigen Gottglauben gewaltsam entreißen möchte [...] und sich über die völkervernichtende Blutmischung der Christen ebenso wie über den Verrat an dem Volkserhaltungswillen, den es den Kommunisten und anderen mehr lehrt, [freut]«⁷⁷. Um ebendiese Ablehnung einer Vermischung imaginierter »Rassen« und »arteigener Kulturen« geht es, wenn der BfG auch heutzutage noch vom »Erhalt aller Völker«⁷⁸ spricht – auch, wenn sich die Ludendorffer nach außen hin betont ethnopluralistisch geben.⁷⁹

Der sogenannte Ethnopluralismus, wie er in den 1970er Jahren vor allem von Henning Eichberg geprägt wurde, konstruiert Gesellschaften nach ihren vermeintlichen Kulturen und Ethnien, die voneinander getrennt erhalten bleiben sollten. Formal wird sich dadurch zwar von biologistischen Argumentationen distanziert; aber letztlich bleibt das Ziel einer völkischen und ethnischen Homogenität doch bestehen.⁸⁰ Die Ludendorffer distanzieren sich zwar oberflächlich von einem Rassismus, der »die eigene Rasse überhöht und andere Rassen herabwürdigt«⁸¹; der

73 Vgl. ebd., S. 5f.

74 Vgl. Amm: Die Ludendorff-Bewegung, S. 123.

75 Zit. nach ebd.

76 Ludendorff, Mathilde: Ist Gotterkenntnis möglich?, München 1934, S. 13.

77 Ludendorff, Mathilde: Deutscher Gottglaube, München 1934, S. 11.

78 Siehe hierzu Nerling: Ostern bei Ludendorffs, 20:28–21:50 Min.

79 Vgl. Thalmann/Reiter: Im Kampf gegen »überstaatliche Mächte«, S. 5.

80 Vgl. Finkbeiner: Armin Mohler und die Frühgeschichte der »Neuen Rechten« in der Bundesrepublik Deutschland, S. 230.

81 Vgl. Leserbrief, in: Wochenspiegel am Sonntag, 02.05.2009.

Verschwörungsmythos einer die Völker vermischenden »jüdischen Weltverschwörung« bleibt jedoch bestehen. So heißt es etwa in der Zeitschrift *Mensch und Maß*, die den Ludendorffern zugerechnet wird, dass der »hitlerische Antisemitismus« durch »jüdische Glaubensmächte« finanziert worden sei – auch, um den von den Ludendorffern proklamierten »reinen Gedanken der Volkserhaltung« zu beschädigen.⁸² Nicht zuletzt wegen solcher Aussagen schrieb der *Spiegel* 1960, dass Mathilde Ludendorff »gemeinhin nicht ohne Grund als die Urgroßmutter des deutschen Antisemitismus gilt«⁸³ – eine Einschätzung, die 1996 auch das Bundesministerium des Innern teilte, als es Mathilde Ludendorff als »antipluralistisch, rassistisch und insbesondere antisemitisch«⁸⁴ bezeichnete. Bis heute heißt es von staatlicher Seite, dass im Bund für Gotterkenntnis »rassistische und antisemitische Einstellungen [...] einen hohen Stellenwert«⁸⁵ besäßen. Auch aus diesem Grund werden die Ostertreffen des BfG in Dorfmark vom Verfassungsschutz beobachtet.⁸⁶

Doch passt dieses Bild einer antisemitischen und völkisch-religiösen Gruppierung, die vom Verfassungsschutz als »extremistisch« eingestuft wird und im beschaulichen Dorfmark alljährliche Veranstaltungen abhält, zu denen aus dem ganzen Bundesgebiet Anhänger anreisen, indes überhaupt nicht zu dem Eindruck, den man vor Ort gewinnt. Denn dort wird klar: Die Ludendorffer und ihre politischen Vorstellungen werden zumindest toleriert, einige ihrer Mitglieder sollen auch schon seit Jahren in dem Ort leben.⁸⁷ Dies bedeutet im Umkehrschluss natürlich keineswegs, dass die lokale Bürgerschaft automatisch auch deren Vorstellungen teilt; aber zumindest werden hieran Widersprüche und Ambivalenzen deutlich, die es zu ergründen gilt, will man sich lokalpolitischen Verhandlungs- und Wirkungsmechanismen rechtsradikaler Bewusstseinsformen annähern. Wie

82 Zit. nach Röpke, Andrea/Speit, Andreas: Rechtsextreme Ostertagung – »Blutvermischung führt zum Volkstod«, in: taz, 05.04.2010.

83 OV: Gotterkenntnis, in: Der Spiegel, 17.02.1960.

84 Bundesministerium des Innern: Antwort auf die Kleine Anfrage: Neugermanisch-heidnische Gruppen und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 13/5434 v. 21.08.1996, S. 8.

85 Bundesministerium des Innern: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau, Sevim Dagdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.: Entwicklung der extremen Rechten und die Maßnahmen der Bundesregierung, Drs 16/4675 v. 14.03.2007, S. 59.

86 Siehe Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Ludendorffer – Wie gefährlich ist die völkische Gruppierung?, 11.11.2014, S. 2.

87 Allerdings ist umstritten, wie viele Ludendorffer tatsächlich in Dorfmark selbst leben. Fragt man im Ort allgemein herum, sollen es mehrere Familien sein. In unseren Interviews sprachen unsere Gesprächspartner zumeist nur von einigen wenigen (vgl. I15; I14), auch die Lokalpolitik blieb in ihren Äußerungen und Angaben, um wie viele sesshafte Ludendorffer es sich in Dorfmark handele, äußerst vage.

also geht der Ort mit den Ludendorffern um? Um dieser Frage nachzugehen, soll zunächst auf die Entwicklung der Ludendorffer in Dorfmark geblickt werden.

4.4 Dorfmark und die Ludendorffer

Bereits seit 1971 halten die Ludendorffer regelmäßig Treffen in Dorfmark ab. Über kritische Stimmen oder Proteste in der Anfangsphase dieser Treffen gibt es kaum Hinweise. Die regionale antifaschistische Jugendzeitschrift *Provinz-Bote* berichtete 1984, dass es »Ludendorffer-Faschisten in Dorfmark«⁸⁸ gebe, die am Osterwochenende eine Tagung organisiert hätten. Ob die regionalen Jugendgruppen die Ludendorffer nun, 13 Jahre nach ihrem ersten Erscheinen im Ort, das erste Mal wirklich registrierten oder ob der BfG bis dahin einfach klandestin tagte und deshalb nicht einmal antifaschistischen Gruppen vor Ort auffiel, lässt sich kaum mehr rekonstruieren. Jedenfalls entsteht bei der Suche nach öffentlichen Gegenstimmen aus dem Ort der Eindruck, dass es lange Zeit kaum Widerspruch gegen die Ludendorffer gab.

Erst 2007 formierte sich sichtbar eine kleine Gruppe um Angehörige von Gewerkschaften, der Antifaschistischen Initiative Soltau Fallingbostal und Vertretern der örtlichen Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie weiterer Personen aus Dorfmark und Umgebung. Dieses lose Bündnis versammelte sich am Karfreitag zu einer Mahnwache vor dem Tagungshotel »Deutsches Haus«, wo der BfG seine Veranstaltung abhielt.⁸⁹ Parallel wurde eine Informationsveranstaltung organisiert, in der über die Weltanschauung des BfG aufgeklärt wurde. Die *Walsroder Zeitung* berichtete damals unter dem Titel »Protestieren oder den Ball flachhalten?« über ebenjene Informationsveranstaltung und fasste den sich abzeichnenden Konflikt innerhalb der Dorfgemeinschaft damit zusammen, dass »Ultralinke mit Kampfansage auf Moderate [träfen], die differenzieren wollen, unsichere Zimmervermieter (»Ich kann doch nicht jeden Anrufer fragen, ob der katholisch ist, Ludendorffer oder Vegetarier«) auf Geschichtsexperten, besorgte Bewohner auf Gewohnheitsprotestler, die sich gerne reden hören«⁹⁰. Bereits hieran zeigt sich, dass die Ludendorffer keineswegs als rechtsradikale Außenseiter wahrgenommen wurden; denn schließlich, so heißt es in dem Zeitungsartikel weiter, gebe es in Dorfmark ja keine »rechte Szene« und auch keine »Neonazis«.⁹¹

Im folgenden Jahr 2008 waren es nicht die Ludendorffer, sondern die Gegenproteste, die für öffentliche Aufregung sorgten – aufgrund ihrer negativen

88 Esmeralda: Ludendorffer-Faschisten in Dorfmark, in: *Provinz-Bote*, 1984, S. 16.

89 Siehe Stengel, Eckhard: Rassistentreffen in der Lüneburger Heide. Mahnwache gegen Rechts, in: *Frankfurter Rundschau*, 22.03.2016.

90 O.V.: Protestieren oder den Ball flach halten?, in: *Walsroder Zeitung*, 16.03.2007.

91 Ebd.

Wahrnehmung innerhalb des Ortes. Das Bündnis demonstrierte erneut, doch diesmal mit zusätzlicher Unterstützung von einer Jugendgruppe, die zeitgleich am »internationalen jugendworkcamp bergen-belsen« der nahegelegenen KZ-Gedenkstätte teilnahm und sich kurzerhand dem Gegenprotestprotest gegen den BfG anschloss.⁹² Als die Jugendgruppe, die sich aus Teilnehmern unterschiedlicher Nationalitäten zusammensetzte, dann durch Dorfmark zog, wurde sie von scheinbar unbeteiligten Dorfmarkern rassistisch beschimpft. Wie die *Walsroder Zeitung* über den Vorfall berichtet, sollen Einheimische den Jugendlichen Sprüche entgegengerufen haben wie: »Wir sprechen hier deutsch, wir sind hier in Deutschland«⁹³. Und in einem anderen Zeitungsartikel zu den Vorkommnissen heißt es:

»Bewohner des Ortes Dorfmark (Niedersachsen) beschimpften [...] eine internationale Jugendgruppe mit Worten wie ›Kanaken raus‹ und ›Schade, dass die Nazis nicht mehr am Ruder sind‹. Die Betreuerin der südafrikanischen Gruppe, Pumeza Mandela, eine Nichte von Nelson Mandela, wurde mit obszönen Gesten beleidigt und beschimpft: ›Geh' lieber arbeiten, Kanake!‹«⁹⁴

Es waren also nicht die Ludendorffer, die negatives Aufsehen erregten oder an denen der Ort Anstoß nahm, sondern Bürger aus dem Ort regten sich vor allem über den Gegenprotest und die Nationalität einiger dessen Teilnehmer auf und wurden ausfällig. Als Reaktion auf diesen Vorfall verabschiedete der Rat der Stadt Bad Fallingbostal eine Resolution, die sich gegen den BfG im Besonderen, aber auch gegen »Extremisten« im Allgemeinen richtete. Auch empfahl der Rat u.a., dass Gastronomen und Hotelbetreiber ihre Tagungsräume und Unterkünfte den Ludendorffern nicht mehr zur Verfügung stellen sollten.⁹⁵ Zahlreiche Hoteliers kamen dieser Aufforderung allerdings nicht nach.⁹⁶ Während die Gegenproteste im darauffolgenden Jahr mit lediglich 120 Personen unauffällig, ergebnis- und wirkungslos über die Bühne gingen,⁹⁷ erregte die Demonstration 2010 gegen die Ludendorffer abermals

92 Siehe Internationales jugendworkcamp bergen-belsen: documentation 2008, URL: www.jugendserver-niedersachsen.de/fileadmin/wiki/bb/Campzeitung.pdf [eingesehen am 02.01.2019], S. 3.

93 Zit. nach Thies, Heinrich: Schmährufe gegen die Nichte Mandelas, in: *Walsroder Zeitung*, 25.03.2008.

94 O.V.: Deutsches Haus, in: *Jungle World*, 03.04.2008.

95 Siehe Rat der Stadt Bad Fallingbostal: Resolution gegen die Tagungen des »Bundes für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V.«, 07.04.2008, URL: https://sessionnet.krz.de/bad_fallingbostal/bi/to0050.asp?__ktonr=4081 [eingesehen am 23.10.2018].

96 Siehe Der Präsident des Niedersächsischen Landtages: Antworten auf Mündliche Anfragen gemäß § 47 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages – Drs. 17/5485, Drs 17/5555 v. 15.04.2016, S. 5.

97 Siehe o.V.: Mahnwache als Protest gegen »Ludendorffer«, in: *Walsroder Zeitung*, 11.04.2009.

Aufsehen. Nicht nur, dass Journalisten bedrängt wurden,⁹⁸ wie schon 2008 sollen außerdem einheimische Dorfmarker Demonstrierende beleidigt, ein Passant den Hitlergruß gezeigt haben.⁹⁹ Auch 2011 soll es zu ähnlichen Provokationen gekommen sein.¹⁰⁰ Überhaupt: Dorfmark kam an den Ostertagen nicht zur Ruhe. Denn auch 2011 gerieten die Gegenproteste – nochmal: nicht die Ludendorffer – im negativen Sinne in die Schlagzeilen. Die rund 150 Demonstranten protestierten zunächst friedlich;¹⁰¹ doch nachdem einige Personen versucht hatten, in das Tagungshotel der Ludendorffer einzudringen, um Teilnehmer am Eintritt zu hindern, und die Polizei daraufhin einschritt, kam es zu Zusammenstößen – Polizisten wurden mit Flaschen beworfen.¹⁰² Bereits in der Nacht vor den Demonstrationen war es durch Würfe von Farbbeuteln zur Beschädigung zweier Fensterscheiben und einer Werbetafel am Tagungshotel gekommen.¹⁰³ In den darauffolgenden Jahren entwickelte sich eine Art Protestroutine. Zwischen 100¹⁰⁴ und 150¹⁰⁵ Protestierende finden sich an den Osterwochenenden zusammen, um gegen die Ludendorffer zu demonstrieren. 2015 beschloss das »Deutsche Haus« aufgrund wirtschaftlichen Drucks aus der Region – wie wir aus Gesprächen vor Ort erfahren haben (I8) –, den Ludendorffern seine Räumlichkeiten nicht mehr als Tagungsort zur Verfügung zu stellen,¹⁰⁶ sodass der BfG seither seine Veranstaltungen im benachbarten Hotel »Zur Post« abhält.¹⁰⁷

Das Bündnis gegen Ludendorffer, das die Gegenproteste organisiert, unternimmt seit den letzten Jahren eine thematische Erweiterung seiner Kritik, indem es versucht, den BfG in den Gesamtkontext der örtlichen rechtsradikalen Szene einzuordnen. In diesem Sinne wollte das Bündnis 2017 eine Informationsveranstaltung im Ratssaal der Gemeinde Bad Fallingbostal organisieren; allerdings entzog die Bürgermeisterin des Ortes kurzfristig die Nutzungserlaubnis für den

98 Siehe Röpke: »Geschlossene Gesellschaft«.

99 Siehe Schölermann, Stefan: Altnazi zu Gast in der Heide – Proteste in Dorfmark gegen »Ludendorffer«-Spuk; in: NDR info, 02.04.2010, URL: <https://web.archive.org/web/20100407083657/http://www1.ndr.de:80/nachrichten/niedersachsen/dorfmark108.html> [eingesehen am 10.12.2018].

100 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Ludendorffer – Wie gefährlich ist die völkische Gruppierung?, 11.11.2014, S. 2.

101 Siehe o.V.: Protestaktion gegen »Ludendorffer«-Treffen, in: Walsroder Zeitung, 23.04.2011.

102 Siehe Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Kleine Anfrage mit Antwort: Mahnwache in Dorfmark, Drs. 16/3817 v. 28.06.2011, S. 2.

103 Siehe Schölermann: Ärger um Polizeieinsatz in Dorfmark.

104 Vgl. Feldmann: Völkisches Treffen im »Deutschen Haus«.

105 Vgl. o.V.: Protestaktion gegen »Ludendorffer« blieb friedlich, in: Walsroder Zeitung, 07.04.2012.

106 Vgl. Der Präsident des Niedersächsischen Landtages: Antworten auf Mündliche Anfragen, 15.04.2016, S. 5.

107 Vgl. ebd.

Ratssaal.¹⁰⁸ Die Lokalpolitik begründete ihre Absage laut einem Gesprächspartner damit, dass sie die Genehmigung lediglich für einen Vortrag über den BfG, nicht aber über das inhaltlich erweiterte Thema erteilt habe (I11). Ganz unabhängig von formalrechtlichen Argumentationsabwägungen: Das Image der gegen die Ludendorffer Protestierenden wurde hierdurch sicherlich beeinträchtigt, wohingegen die Ludendorffer von lokal offiziell staatlicher Seite aus nicht mit rechtsradikalen Strukturen in Verbindung gebracht wurden. Ob von der Lokalpolitik intendiert oder nicht, sei erst einmal dahingestellt, aber für den BfG war dies sicherlich ein Achtungserfolg seiner politischen Außenwahrnehmung. Wie im Folgenden noch gezeigt werden wird, ist diese Ambivalenz gewissermaßen bezeichnend für den lokalpolitischen Umgang mit den Ludendorffern.

4.4.1 Über Dorfmark reden: Innen- und Außenansichten

Wie blicken Dorfmarker auf ihren Ort? Was zeichnet das Leben vor Ort aus? Welches »Klima« herrscht im Ort, und verlaufen zwischen den Bewohnern Konfliktlinien? Dies sind die leitenden Fragen, die wir zur Ergründung des Dorfmarker (Selbst-)Verständnisses herangezogen haben. Um also tiefergehende Eigen- und Fremdzuschreibungen, Normen und Selbstverständlichkeiten ergründen zu können, stützen wir uns auf die Beschreibungen und Deutungen, die wir aus den Interviews destillieren konnten.¹⁰⁹

Zunächst: Wie blicken die Ortsansässigen auf Dorfmark? Wie beschreiben die Dorfmarker selbst sich und ihr Leben in der 3.200-Seelen-Gemeinde? Auffällig war in allen Gesprächen ein starkes Verbundenheits- und Gemeinschaftsgefühl der Dorfmarker gegenüber ihrem Ort, der sich, so die Interviewten mehrheitlich, durch einen starken innerörtlichen Zusammenhalt auszeichne. In Dorfmark – so der Tenor – halte man zusammen; Streitigkeiten unter den Bewohnern oder ein Konkurrenzdenken innerhalb der Dorfgemeinschaft existierten in geringerem Ausmaß, als man dies in den umliegenden Gemeinden und Städten erkennen könne. Als wichtiges Amalgam für diese Art von Zusammenhalt identifiziert man nicht nur das örtliche Vereinswesen, sondern auch Festivitäten, in die nahezu das ge-

108 Vgl. Reimer, Paul: Kein Zutritt für Nazi-Gegner, in: taz, 07.09.2017.

109 Dazu haben wir mit zwei Personen aus der Lokalpolitik und der Gemeindeverwaltung, drei Anwohnern Dorfmarks sowie mit drei Bürgern, die zwar in Verbindung zu Dorfmark stehen, selbst aber nicht im Ort wohnen, über das Leben im Ort gesprochen. Eine wichtige Prämisse für die Interviews war, dass unseren Gesprächspartnern möglich war, ihre eigene Perspektive während des Gespräches entfalten zu können (vgl. Rosenthal, Gabriele: Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung, Weinheim/Basel 2015, S. 141). Daher haben wir uns dazu entschlossen, den Interviewverlauf in wenig standardisierten Bahnen verlaufen zu lassen, um die Narration des jeweiligen Gegenübers möglichst nicht einzuhegen.

samte Dorf eingebunden sei. Exemplarisch für diesen Blickwinkel sind folgende Passagen zweier Interviews:

»Also sie [die Dorfmarker Gemeinschaft, Anm. d. V.] ist sehr bodenständig, aber es herrscht ein großer Zusammenhalt. Es gibt hier ein großes Vereinswesen. Sportverein. Feuerwehr. Kirche ist kein Verein, wird aber auch mit darunter absolviert. Aber man hilft sich gegenseitig. Das ist hier kein großes Konkurrenzdenken. Das ist hier das Schöne. Der Ort stellt sehr viel gemeinsam auf die Beine. Also wir haben ein großes Strandfest. Also wir haben das jedes Jahr. Das ist überregional. Krämermarkt ist in zwei Wochen. Also große überregionale Feste. Oder auch sonst irgendwie Jubiläen sind. Also es gibt hier einen guten Zusammenhalt.« (110)

»Also wir haben Dorfveranstaltungen zum Beispiel, die eigentlich das ganze Dorf engagieren. Wir haben Kirchenveranstaltungen. Also die Kirche ist hier in der Tat in der Mitte des Ortes. Also ich – es gibt hier keine Fraktionen. Also jedenfalls von mir nicht erkannte Fraktionen im Dorf, die gegeneinander arbeiten. Also das ist hier einfach so eine gute Stimmung.« (18)

Innerhalb dieser beiden Ausschnitte sind zwei Perspektiven erkennbar, anhand derer die Interviewten das gute Klima innerhalb der Dorfgemeinschaft ableiten. Erstens: die Abwesenheit von Streitigkeiten unter den Bewohnern, deren Gültigkeit uns die Interviewten auch auf Nachfrage nach innerörtlichen Konfliktlagen in den letzten Jahren bestätigten (dies gilt zumindest so lange, wie unter dem Konflikt-Begriff lediglich Widerstreit außerhalb der Diskussionen um die Ludendorffer-Ostertagung verhandelt wird – ergeben sich in diesem Punkt doch deutliche Unterschiede in der Wahrnehmung der Befragten¹¹⁰); und zweitens: ein intensives Engagement in den Dorfmarker Vereinen und Initiativen sowie bei den großen Festen im Ort als gemeinschaftsstiftenden Ereignissen, für deren Gelingen die Einwohner an einem Strang ziehen. Geht man auf diese zweite Dimension in der Aufrechterhaltung eines Gemeinschaftsgefühls ein, so wird zudem klar, dass sich mit ihr auch die Herausbildung und die Förderung einer gewissen Dorfmarker »Identität« verbinden.

Ein Beispiel hierfür, das uns in den Gesprächen mehrfach geschildert wurde, ist die Rettung des Dorfmarker Strandbades. Im Jahr 2010 stand es nicht gut um die im Süden des Ortes gelegene Badeanstalt. Während in umliegenden Gemeinden bereits Freibäder geschlossen hatten, schlug auch im Haushalt der Stadt Bad Fallingbommel der Schwimmbadbetrieb mit einem Minus von 40.000 Euro zu Buche,

110 Wie noch an späterer Stelle in diesem Beitrag aufgezeigt werden wird, tragen beim Themenkomplex um die Ludendorffer-Treffen nicht alle Interviewten das Harmoniegebot innerhalb der Ortsgesellschaft weiter.

weshalb eine Schließung des Bades im Raum stand.¹¹¹ Für die Dorfmarker stand zu diesem Zeitpunkt also nicht nur das beliebte Freizeitangebot auf der Kippe, sondern auch der Ort des traditionellen Strandfestes. Die Rettung der Badeanstalt schon kurze Zeit nach Bekanntwerden der Schließungspläne durch die Gründung eines Fördervereins gerann zum kollektivierenden Element der Dorfgemeinschaft, stilisiert zum mythischen Erfolgserlebnis der aktiven Bürgerschaft. In diesem Sinne erläuterte ein Anwohner:

»Das [Strandbad, Anm. d. V.] sollte dann auch dicht gemacht werden und dann hat sich dann sofort eine Initiative gegründet, die dann auch sofort gesagt haben: ›Nein, das wollen wir nicht!‹ Und dann wird auch sofort angepackt und wird was getan. [...] Dann wird auch was auf die Beine gestellt. Und dann findet man sofort Eigeninitiative und Eigenengagement. Und das – ›Geht nicht, gibt es nicht.‹ Das ist, was ich hier so faszinierend finde.« (I10)

Anhand dieses Ausschnittes lässt sich verdeutlichen, dass sich in dem Narrativ eines »Geht nicht – Gibt es nicht« eine Art konstitutives Element für eine Dorfmarker Identität verbirgt. Die Bereitschaft, im Dorf gemeinsam »anzupacken« und somit etwas zu bewegen, erkennen unsere Interviewpartner (die entweder schon in Dorfmark aufgewachsen sind oder hier seit mehreren Jahrzehnten leben) also als ein Alleinstellungsmerkmal des Ortes und seiner Einwohner an.

Ein Teil dieser dorfgemeinschaftlichen Verbundenheit gründet sich darüber hinaus nicht nur auf die Hervorhebung der eigenen Errungenschaften, sondern auch auf einen Vergleich und eine Grenzziehung zur Kernstadt Bad Fallingb. Wie schon erläutert, zeichnen sich die Dorfmarker durch einen gewissen dorfgemeinschaftlichen Stolz aus, der sich beispielsweise in der langen Handballtradition niederschlägt. Zudem gehören, wie in anderen Provinzen der Bundesrepublik auch, gewisse Konkurrenzbilder benachbarter Ortschaften ganz offensichtlich zum ruralen Leben dazu. Schließlich führt die gemeinschaftliche Abneigung gegen das benachbarte Dorf zu einer Verstetigung der inneren Gemeinschaft.

Soziologisch betrachtet sind solche Antipathien nichts Ungewöhnliches. Vor allem das gemeinsame Feindbild – also die auserkorene Gemeinde, die kollektiv abgelehnt wird und über deren Anwohnerschaft es am Kneipenstammtisch oder auf den Volksfesten Hohn und Spott hagelt – ist aufgrund historischer, kultureller sowie sozialer Traditions- und Konfliktlinien interessant. Solche Konfliktlinien und eine latente Konkurrenz weisen auch die Dorfmarker gegenüber ihren Nachbarn aus Bad Fallingb. auf. Blicken wir auf die Dynamiken zwischen dem »großen Dorf« Dorfmark und der Kleinstadt Bad Fallingb., so lassen sich neben

111 Vgl. o.V.: Zur Rettung des Strandbads, in: Kreiszeitung.de, 13.01.2010, URL: <https://www.kreiszeitung.de/lokales/heidekreis/rettung-strandbads-589929.html> [eingesehen am 13.03.2019].

dem Selbstbewusstsein hinsichtlich der eigenen Engagementkultur, die sich auch mit der des größeren Nachbarn messen lassen könne, zudem gewisse Spannungen ausmachen, die ihren Ausgang in einige Jahrzehnte zurückliegenden Ereignissen nahmen.

Im März des Jahres 1974 wurde Dorfmark – wie tausende andere Ortschaften in Niedersachsen auch – in eine größere Gliederung eingeschlossen. Aus der vormals eigenständigen Gemeinde Dorfmark wurde zusammen mit den umliegenden Orten sowie der benachbarten Kleinstadt die Einheitsgemeinde Bad Fallingb. – eine Entscheidung der Landesherren in Hannover, der sich viele Dorfmarker damals nicht beugen wollten. Nachdem der Landtag 1973 die Gebietsreform beschlossen hatte, gründete sich im Ort die Bürgerinitiative Komitee Selbstständiges Dorfmark, die begann, Unterschriften gegen die Eingemeindung zu sammeln, um ihrer Befürchtung von »Bevormundung und Zweitrangigkeit unserer Heimatgemeinde« Ausdruck zu verleihen.¹¹² Als sich im August 1973 hunderte Dorfmarker zu einer Protestversammlung zusammenfanden, berichtete sogar die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* über den Aufstand der Dorfmarker gegen die Eingemeindung nach Fallingb.: »Unversehens ist auch der alte Erbkrieg zwischen Fallingb. und Dorfmark ausgebrochen. Neuer Zündstoff facht uralten Zunder wieder an.«¹¹³ Der Fall landete schließlich vor dem niedersächsischen Staatsgerichtshof in Bückeburg, der am 4. Mai 1974 – zur großen Enttäuschung der Eingemeindungsgegner – die Neugliederung der Gemeinde für verfassungskonform erklärte.¹¹⁴

Gehen diese Konflikte zwar auf Ereignisse vor über fünfzig Jahren zurück, scheinen sie doch bis heute das Dorfmarker Selbstbild zu berühren. Gleich zwei der Befragten kamen auf das Thema Eingemeindung zu sprechen. Das ist insofern interessant, als beide zuvor innerhalb der Dorfgesellschaft (mit Ausnahme des Thomas Ludendorffer) keine wirklichen Konflikte erkannt hatten – die Nachwirkungen der Eingemeindung von 1974 dagegen aber als Ereignis festmachten, das Dorfmark und die Beziehung zum Nachbarort bis heute beschäftige. Während ein Interviewpartner davon berichtete, dass sein Vater zu den »Rebellen« (I9) aus Dorfmark gezählt habe, die in den 1970er Jahren gegen die Eingemeindung protestiert hätten, blickte ein anderer Gesprächspartner folgendermaßen auf das Thema: »Der größte Konflikt war natürlich die Eingemeindung Dorfmark in Fallingb. Der ist bis heute noch nicht ganz überwunden« (I8). Auf die Bitte, genauer zu beschreiben, was die besagte Eingemeindung für Dorfmark bedeutet habe, heißt es weiter:

»Ja, weil Dorfmark dann eben plötzlich seine Identität aufgegeben hat und Bestandteil von Fallingb. wurde. Was die Herrschaften damals – also in den

112 Vgl. Brandes, Wolfgang: Chronik Fallingb. 1930-1995, Bad Fallingb. 1996, S. 527.

113 Frisé, Maria: Protest im Herzen Hohen Heidmark. Das größere ist nicht immer auch das Bessere – Dorfmark will nicht eingemeindet werden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.09.1973.

114 Vgl. Brandes: Chronik Fallingb. 1930-1995, S. 529.

70ern des vergangenen Jahrhunderts – nur sehr mühevoll ertragen haben und da auch einen Prozess am Staatsgerichtshof geführt haben. Und wir sagen können, dass die sportlichen Wettkämpfe gegen Fallingbostal sehr viel rüder sind als solche gegen andere, gegen Sportvereine anderer Orte. Ein bisschen verrückt.« (18)

Obwohl inzwischen also schon mehr als fünfzig Jahre Mitgliedschaft in der Einheitsgemeinde Bad Fallingbostal zu Buche standen, scheint der Konflikt Dorfmark mit der ungeliebten Kreisstadt bis heute nicht gänzlich überwunden zu sein – ein Konflikt, der sich zwar längst nicht mehr in Protestversammlungen wie in den 1970er Jahren entlädt, sich aber noch immer in Nuancen wie den intensiveren Sportwettkämpfen gegen Teams aus Fallingbostal zeigt und somit auch weiterhin einen Bestandteil der Konstruktion des Dorfmarker »Wir« darstellt.

Und wie blicken nun Bewohner aus den umliegenden Orten – aus Bad Fallingbostal, Walsrode und Soltau – auf die Ortschaft, wie nehmen sie die Dorfmarker wahr? Zunächst fällt auf, dass insbesondere die von den Dorfmarkern geäußerte Wahrnehmung eines starken innerdörflichen Zusammenhalts sowie eines regen Vereins- und Verbandswesens von den auswärtigen Interviewpartnern geteilt wurde. Wie im Selbstbild der Einwohner verbanden auch die auswärtigen Gesprächspartner mit Dorfmark einen Ort, der durch ein »intaktes« Dorfleben auffalle – wobei sie sogar noch stärker als die Dorfmarker selbst auf den Wert einer geringeren Ortsgröße aufmerksam machten, die ermögliche, dass sich Dorfmark einen »dörflichen« Charakter bewahren könne. Darin, dass Dorfmark trotz seiner 3.200 Einwohner doch ein »großes Dorf« (I12) geblieben sei, erkannten sie eine günstigere Ausgangsbedingung für den innerörtlichen Zusammenhalt und das starke Engagement im Ort. Denn obgleich auch in Bad Fallingbostal »viel ehrenamtliche Tätigkeit« (I11) vorhanden sei und der befragte Bad Fallingbostler sich von einem guten Klima in der ganzen Einheitsgemeinde überzeugt gab, scheint der Vergleich von Kleinstadt und Dorf doch eine Rolle in der Wahrnehmung zu spielen. In der Erzählung über die Ortsteile der Gemeinde hieß es etwa: »Und da gibt es schon die Dorfmarker, das ist eine Einheit. Und Bad Fallingbostal ist ein nettes kleinstädtisches Miteinander« (I11).

Noch stärker zog diesen Vergleich zwischen Fallingbostal und Dorfmark ein anderer Interviewpartner, der selbst früher in Dorfmark gelebt hatte, nunmehr aber im benachbarten Bad Fallingbostal wohnt. Er reklamierte folgende Schilderung als den Ruf, »den die Dorfmarker rundum, aber auch hier in der Stadt [Bad Fallingbostal, *Anm. d. V.*] haben« (I14):

»Und das [Engagement, *Anm. d. V.*] verdichtet sich da wesentlich mehr als zum Beispiel hier in Fallingbostal. Das ist eine Schlafstadt. Die Leute machen nichts miteinander. Die kriegen nichts zustande. Die kriegen keinen Weihnachtsmarkt, kein gar nichts. Das kriegen die Dorfmarker aber. Die Dorfmarker haben es zum

Beispiel auch geschafft, ihr Freibad in Eigenregie zu retten sozusagen. Alles Mögliche. Und das ist auch der Ruf.« (I14)

Interessanterweise ist die Gegenüberstellung vom kleineren Dorfmark und dem größeren Bad Fallingb. somit kein Spezifikum in der Perspektive der Dorfmarker Einwohner, sondern auch bei Bürgern aus umliegenden Städten eine präsente Folie, die für einen Vergleich angelegt wird. Dennoch ergeben sich auch Unterschiede in der Beurteilung der Dorfgemeinschaft, die nicht von allen auswärtigen Gesprächspartnern so uneingeschränkt positiv wahrgenommen wurde, wie dies bei den Ortsansässigen der Fall war. Zwar teilten die Interviewten das Bild einer sehr engagierten Einwohnerschaft mitsamt einem gut aufgestellten Vereinswesen; sie wiesen aber auch auf die Kehrseiten hin, die mit dem Dorfmarker Gemeinschaftsgefühl einhergingen – wobei sie insbesondere auf Mechanismen einer Immunisierung gegenüber (äußerer) Kritik aufmerksam machten.

Von einer ausgeprägten »Wagenburgmentalität« (I14) sprach etwa ein Interviewpartner und verwies mit diesem Terminus auf eine Haltung, mittels derer sich große Teile der Dorfmarker problematischer Haltungen innerhalb des dörflichen Kollektivs entledigen würden. Als Beispiel wurden die Ludendorffer-Gegenproteste im Jahr 2008 angeführt, als sich eine internationale Gruppe Jugendlicher am Protest beteiligt habe und einige aufgrund ihres Migrationshintergrunds von unbeteiligten Dorfmarkern rassistisch beleidigt worden seien. Denn statt Selbstkritik und einer Auseinandersetzung in der Dorfgemeinschaft mit dem offenbaren Rassismus habe es in Dorfmark eine Art Trotzreaktion gegeben, da große Teile des Dorfes eher eine Frontstellung gegen diejenigen aufgebaut hätten, die Kritik an den Vorfällen geäußert hätten. Unser Interviewpartner kondensierte diese Interpretation in dem Satz: »Und wenn jetzt irgendjemand einen Dorfmarker angreift, dann sind die anderen Dorfmarker auch dabei« (I14).

Hier offenbaren sich die Kehrseiten und Ambivalenzen des fast bedingungslos wirkenden Zusammenhalts der Dorfgemeinschaft. Dass aber nicht nur derlei zurückliegende und – zugegebenermaßen – extreme Vorfälle, sondern auch insgesamt die Frage der jährlichen Proteste gegen die Ludendorffer-Tagung einen Einfluss auf das örtliche Miteinander haben, wird im folgenden Teil thematisiert.

Auch wenn der Eindruck entstand, Dorfmark sei eine Vorzeigegemeinschaft hinsichtlich der Vereinsmeierei, des dadurch gestifteten sozialen Zusammenhalts und der weitgehenden (oberflächlichen) Abwesenheit von Konflikten unter den Bewohnern, zeigen sich in diesem Bild doch Risse. Gerade bei der vermeintlichen Konfliktaversion offenbaren sich Ambivalenzen, sobald das Gespräch auf die Haltung der Bürgerschaft gegenüber den Ludendorffern kommt. Denn bestand zwischen den Interviewpartnern auch ein Konsens in Bezug auf das Bild der Dorfmarker Einheit, gingen die Deutungen hinsichtlich der Frage, inwiefern die Tagungen des BfG selbst zu einem Streitthema im Ort würden, erkennbar auseinander.

Während die eine Seite der Interviewten zwar feststellte, dass durch die seit 2007 stattfindenden Gegenproteste an den Osterwochenenden die Ludendorffer überhaupt erst zu einem Gesprächsthema im Ort geworden seien, sich hieraus aber keine erkennbaren Konflikte unter den Bewohnern ergäben, teilte vor allem die Seite, die selbst öffentlich Stellung gegen die Tagungen bezog, diese Einschätzung nicht. So berichtete ein Interviewpartner vor allem von einer Veränderung im Umgang mit ihm im Ort, seitdem sich seine Familie dazu entschlossen habe, öffentlich Stellung gegen die Tagungen des BfG zu beziehen. Seitdem er vor einigen Jahren Banner mit Aufschriften wie »Wir wollen keine Ludendorffer« an einer Scheune aufgehängt habe, begegne ihm ein Nachbar – mit dem er sich vorher »immer gut verstanden« (I9) habe – weniger freundlich:

»Der ist aber – seitdem sagt der nur das Nötigste zu mir. Vorher hatten wir immer nur einen kleinen Plausch gehalten. Und so gibt es noch jemanden, der reserviert ist oder kaum noch guten Tag sagt, seitdem wir etwas dagegen gemacht haben.«
(I9)

Auch berichtete er im Zusammenhang mit den Bannern von mehrfachen Sachbeschädigungen in Form von Eierwürfen oder Herunterreißen des Stoffes durch Unbekannte. Triebfeder dieses Argwohns seien aber nicht Animositäten gegen die Banner selbst, sondern ein Unverständnis, weshalb sich die Aktiven im Protest überhaupt zu dem Thema äußern müssten. So konstatierte unser Interviewpartner: »Die Dorfbevölkerung versteht nicht, dass wir etwas dagegen [die Treffen des BfG, *Anm. d. V.*] haben« (I9). Ein Zustand, den er – wie auch nahezu alle anderen Interviewpartner – auf eine spezifische Wahrnehmung, ein spezifisches Image der Ludendorffer im Ort zurückführte, das sich im Laufe der Jahrzehnte etabliert habe und seitdem nur in bedingtem Maße reflektiert werde.

Die Wahrnehmung der Ludendorffer war in unseren Interviews ein zentrales Thema. Wie blickt der Ort auf die Ludendorffer? Wie genau nehmen die von uns Befragten die Ludendorffer wahr, wie beschreiben sie diese und wie bewerten sie deren Aktivitäten in Dorfmark? In Bezug auf diese Fragen lassen sich – neben der Perspektive des Gegenprotestes – zwei dominante Sichtweisen herausarbeiten, die nun verdichtet dargestellt werden sollen. Die eine Perspektive betont die Unauffälligkeit der Gruppe im Ort, die Einschätzung, dass die Ludendorffer einfach nicht stören würden, wohingegen die andere Perspektive die Positionen der Ludendorffer demonstrativ verharmlost. Vor allem die Deutung, die Ludendorffer im Ort seien eine unauffällige Gruppe und störten das Zusammenleben letztlich nicht, sondern seien eigentlich bloß für wenige Tage im Jahr mit ihrer Tagung präsent oder zumindest öffentlich ein Thema, war in vielen Interviews mindestens unterschwellig präsent. Mehr noch: Einige Interviewpartner berichteten sogar, dass die BfG-Tagungsteilnehmer überaus zuvorkommend seien und gerade deshalb eine

gewisse unpolitisch grundierte Akzeptanz im Ort fänden. Ein Dorfmarker, der sich im Ort gegen die Ludendorffer engagierte, berichtete:

»Aber ansonsten haben die Ludendorffer das so geschickt gemacht, dass sie sich immer als friedliche und ganz ordentliche Leute nach außen gezeigt haben. Die haben also immer gut bezahlt. Die Pensionen sagen: ›Ach, das sind doch ganz freundliche und gute Menschen.‹ Und die Unterkünfte sagen: ›Wir wollen die gerne haben. Das ist ein gutes Geschäft. Und die sind friedlich. Und die zahlen doch gut [...] äußerlich ist das mit ihren Trachtenjacken. Das ist aber nichts Böses. Sonst sind sie aber auch gekleidet wie Herr Gauland. [...] Aber so sind diese Leute auch gekleidet mit Trachtenjacken. Mit Hut. Also ganz lieb und brav. Und führen ihre Tänze auf. Ich habe das hier beobachtet. [...] Vorher war die Demo, dann haben sich alle versteckt, da waren alle drin. Kaum war die Demo beendet, gingen sie raus in den Innenhof des Hotels und haben da ihre Tänze gemacht. Also so dieses Brave und Nichterscheinen. Und so ist die Dorfbevölkerung. Die Dorfbevölkerung versteht nicht, dass wir etwas dagegen haben. Es gibt hier einen [...] im Nachbarort, der sagt: ›Na, habt ihr wieder eure Bettlaken aufgehängt.‹« (I9)

Allerdings: Es muss ausdrücklich betont werden, dass keiner unserer Gesprächspartner offen Partei für die Ludendorffer ergriff oder gar Sympathien für ihre Positionen oder Inhalte äußerte. Ohnehin gestaltete es sich als überaus schwierig, vor Ort Personen für ein Interview zu gewinnen, von denen bekannt war, dass sie eine deutlich unkritischere Haltung oder gar gewisse politische Affinitäten – die es laut Anwohnerschaft auch geben soll – gegenüber den Ludendorffern besäßen bzw. sich an den österlichen Treffen im Ort nicht störten, was vermutlich auch der Furcht vor einer vermeintlichen Stigmatisierung geschuldet war bzw. der Angst, »in die rechte Ecke« gestellt zu werden. Nichtsdestoweniger existieren offenbar dennoch unterschiedliche Toleranz- und Akzeptanzformen auch bei denjenigen Dorfmarkern, die sich für ein Interview bereit erklärten.

Allerdings unterscheiden sich diese ganz individuell in ihrer Erscheinungsform. Eine gewisse Ambiguität zeigt sich etwa bei der Frage, wie die Ludendorffer als politische Kraft eingeordnet werden. Ein Interviewpartner brachte diese Widersprüchlichkeit wie folgt zum Ausdruck:

»Ich denke mal, es gibt sicherlich viele andere Rechtsgruppen, die sehr viel gefährlicher sind. Wobei, klar, das Gedankengut ist natürlich, bleibt gefährlich. Das bleibt. Ich will das auch nicht unterschätzen.« (I10)

Damit ist zumindest schon angezeigt, dass der Dorfmarker die Ludendorffer zwar als politische Kraft im rechten Spektrum einordnete, aber der Referenzpunkt zur Bewertung ihrer »Gefahr« bleibt unklar – zumal schon zuvor auch von anderen Interviewpartnern aus Politik und Bürgerschaft, wie bereits dargestellt, klargestellt worden war, dass es eigentlich keine »rechte Szene« in der Region gebe.

Ein anderer Interviewter berichtete über ein Alltagsgespräch mit einem Ludendorffer, woraus ersichtlich wird, dass dieser Dorfmarker nicht nur ein gewisses Verständnis für das vordergründige Motiv der Gruppe zeigte, sondern gerade aufgrund dieser Disposition den BfG überhaupt nicht als rechtsradikale Gruppierung wahrnahm:

»Und dann habe ich eine Turnergruppe hier von alten Herren und zwei von diesen sind Ludendorffer. Die gehen da hin zu dieser Tagung. Da habe ich gesagt: »[Namen,] was macht ihr da?« »Naja«, sagt er, »wir beschäftigen uns vorwiegend, im Augenblick ist das unser großes Problem, mit der Verrohung der deutschen Sprache und überhaupt dem Erhalt der deutschen Sprache gegenüber völlig unnötigen Amerikanismen oder Anglizismen.« Dann habe ich gesagt: »Ja, das finde ich sehr gut.« »Ja, wir machen Volkstanz und haben Geselligkeit. Wir lesen auch mal Goethe und Schiller. Natürlich beschäftigen wir uns auch immer wieder mit den Werken von Frau Dr. Mathilde Ludendorff, aber das ... Wir sind aber ein alter Kreis, wir sind ein Jahrgang.« [...] Da sagt er: »Ich bin damit fast [mit Mitte siebzig, Anm. d. V.] der Jüngste. Wir sterben aus. Wir haben eine einzige Familie, die sich für uns interessiert, die kommen dann immer. Das ist sozusagen die Alibi-Familie [...], das ist immer diese eine Familie mit den drei Kindern, die da immer schön mit Kniestrümpfen kommen und Volkslieder singen und so. Volkslieder singen ist da ein großes Ding. Da habe ich dann auch gelernt, dass die einen eigenen Friedhof haben in der Nähe von Delmenhorst und dass da mit Runen gearbeitet wird und so. Ja, mein Gott. Also, die sind wirklich alles andere als Neonazis.« (115)

Anhand dieser Passage wird deutlich, dass das untergründige Verständnis für das vermeintlich unpolitische Anliegen des BfG, für das zum Beispiel das Lesen der Werke von »Goethe und Schiller« als klischeehafte Inszenierung deutschen Kulturgutes erhalten muss, sich durch eine gewisse Tolerierung der Gruppierung vor Ort ausdrückt. Und aufgrund der unterschweligen Akzeptanz dieser Anliegen justiert sich – zumindest bei unserem Interviewpartner – auch der Deutungsrahmen darüber, wer als »Neonazi« eingeordnet wird. Zwar entsprechen die Ludendorffer allein schon von ihrer Erscheinung in Trachten bei Volkstänzen und aufgrund ihres Alters keineswegs dem zum Klischee geronnenen Bild eines Springerstiefel bewehrten und glatzköpfigen »Neonazis«; doch zeigt sich zugleich, dass allein dieses Bild zum Vergleichsmaßstab für politischen Rechtsradikalismus wird. Andere Erscheinungsformen, die diesem Bild an der Oberfläche nicht entsprechen, jedoch auf politische Ähnlichkeiten hinweisen, gehen in diesem Deutungsrahmen letztlich unter. Denn unser Gesprächspartner erwähnte, dass sich die Ludendorffer für den »Erhalt der deutschen Sprache gegenüber völlig unnötigen Amerikanismen oder Anglizismen« einsetzen würden, dass sie die Werke von »Frau Dr. Mathilde Ludendorff« läsen und dass der BfG auf einem eigenen Friedhof mit »Runen« arbeite. Nun mögen diese offen benannten Punkte jeweils für sich isoliert betrachtet

noch kein offener Ausdruck von Rechtsradikalismus sein; aber im Zusammenhang betrachtet sind sie doch mindestens Indizien dafür. Diese werden aufgrund des Zerrbildes, in welchem sich die Deutung von Rechtsradikalismus mit der Personalisierung von »Neonazis« überlagert, allerdings nicht erkannt.

Ein solches Wahrnehmungsmuster zeigt sich auch an anderen Stellen. Offensichtlich fungiert es als Scharnier zu einer tendenziellen Verharmlosung politisch-ideologischer Vorstellungswelten – ob deren potenzielle Virulenz nun offen erkannt wird oder nicht, ist dabei zweitrangig. Denn in der Öffentlichkeit hat sich zu großen Teilen offenbar durchgesetzt, dass die Ludendorffer zwar unter Umständen als eine »Rechtsgruppe« (I10), aber eben nicht als »Neonazis« (I15) wahrgenommen werden. Diese Folie ist nicht nur relevant für die Beantwortung der Frage, was vor Ort als »Rechtsradikalismus« wahrgenommen wird, sondern hat auch unmittelbaren Einfluss darauf, was die Dorfgemeinschaft im Alltag überhaupt »stört«.

In der Forschung zur niedersächsischen Kultur ist mitunter die Rede davon, dass Proteste und Demonstrationen, mithin Manifestationen des Politischen in der Öffentlichkeit im Allgemeinen, nicht unbedingt zum niedersächsischen Alltag gehören – vor allem auf dem Land, weniger in den Städten. Dies mag an und für sich natürlich nicht unbedingt eine niedersächsische Spezifik sein, sondern kann auch grundlegend an gewissen politisch-kulturellen Traditionslinien in ruralen Gebieten liegen. Aber auffallend ist eine solche Abneigung gegen das »Politische« auf der Straße schon – zumal die Traditionsgebiete politischer Straßenproteste im bundesrepublikanischen Vergleich nun einmal nicht im norddeutschen Raum liegen.¹¹⁵

Eine solche Abneigung zeigt sich auch in Dorfmark – wie uns Interviewte indirekt sogar selbst gesagt haben, da die Dorfmarker keine »Demonstrationserfahrung« (I12) hätten –, vor allem in Verbindung mit der Uneindeutigkeit der politischen Einordnung der Ludendorffer. Wenn der BfG von den Interviewten nicht als Erscheinungsform des Rechtsradikalismus wahrgenommen wird, weil dieser verengt wird auf die Gestalt von »Neonazis«, sehen sie entsprechend auch keine Notwendigkeit, sich näher mit den Ludendorffern auseinanderzusetzen, und erst recht keine, gegen sie zu protestieren. Denn in dieser Wahrnehmung stören die Ludendorffer weder die dörfliche Gemeinschaft noch den Alltag in Dorfmark. Ein Interviewter berichtete:

»Oder einen bestimmten Mann, der gegen mich ist oder unsere Familie. Der uns auch nicht mehr grüßt. Allein deswegen. Aber das stört mich jetzt nicht so sehr. Und die Leute, und die etwas Souveräneren belächeln uns, weil sie sagen: ›Was

115 Vgl. Gassert: *Bewegte Gesellschaft*; indirekt bereits Rucht, Dieter/Roth, Roland: *Soziale Bewegungen und Protest. Eine theoretische und empirische Bilanz*, in: Dies. (Hg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland. Ein Handbuch*, Frankfurt a.M./New York 2008, S. 636–668, hier S. 666.

schaden uns die Ludendorffer?« Das ist so die allgemeine Auffassung, dass man sagt: »Was macht ihr da? Die Ludendorffer stören doch gar nicht?« Das ist so die, also würde ich mal sagen, der größte Teil der Bevölkerung. Und dass Leute zu uns kommen und das gut finden, das ist nur ein ganz kleiner Teil. Im Ort. Also die Bereitschaft, diese völlig harmlos auftretenden Leute zu dulden, ist sehr weitverbreitet. Die stören nicht. Die wohnen in ihren Quartieren. Die kommen zu ihren Treffen. Die haben nette Kinder dabei. Die sind anständig gekleidet. Haben geflochtenes Haar. Laufen in den Trachten rum, in denen ich groß geworden bin, ist ja klar. Und sind heute eher in sich gekehrt. Das kann man schon so sagen.« (I8)

Ganz anders äußerten sich einige der Interviewten über die politischen Einstellungen und Aktivitäten derjenigen, die gegen die Ludendorffer protestierten. Im Kontrast ist ungemein auffällig, dass offenbar gerade nicht die Ludendorffer »stören«, sondern vor allem die Gegendemonstranten. Diese seien vor allem »Menschen, die zum großen Teil von außen kamen, [die] meinten, die Dorfmarker befreien zu müssen« (I15). Gerade an dieser kurzen Passage wird das Ineinandergreifen einzelner Wahrnehmungsmuster offensichtlich: Die Ludendorffer seien in diesem Fall nicht nur nicht die Störer – sie tragen schließlich »nur« die alten »Trachten« (I8), blieben weitgehend unter sich und seien ja überwiegend schon sehr alt (I15) –, sondern sie seien sogar Zielscheibe der Gegendemonstranten. Indem die Ludendorffer tendenziell mit der Dorfgemeinschaft gleichgesetzt werden, zeigen sich hier kollektivierende Momente der Verbundenheit. Schließlich sei das Verhalten der Protestierenden gewissermaßen – so lässt sich dieses Wahrnehmungsmuster weiterdenken – übertrieben, da die Ludendorffer ja keine »Neonazis« seien, es also keinen Grund für die Demonstrationen gebe.

Damit wären also zugleich nicht nur die Proteste unnötig, sondern sie sind in dieser Wahrnehmung auch der eigentliche Störfaktor – denn sie stören die Routine und den Alltag in Dorfmark (zuma an den Osterfeiertagen) wesentlich stärker als die Ludendorffer. Aber nun wollten, zumindest nach Auskunft unseres Gesprächspartners, Protestierende »von außen« (I15) nach Dorfmark kommen und dann auch noch die Dorfgemeinschaft »befreien« (I15). Dieses Bild wurde ganz zentral auch von anderen Interviewten als Erklärung für das Unbehagen herangezogen: »Ja, weil von extern – die fühlten sich fremdgesteuert. Die wollten gerne alleine weitermachen. Also als Ort und nicht von außen irgendwie« (I11).

Diese Sequenz offenbart die Ambivalenz lokalpolitischer Verhandlung politischer Phänomene *in nuce*. Denn sie zeigt das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte der Dorfgemeinschaft, dass die Bürgerschaft aus sich heraus in der Lage sei, Probleme alleine zu lösen – denn die Dorfmarker, »die sind echt klasse« (I11). Dass dann aber Protestierende aus der näheren Umgebung – zumal obendrein aus Bad Fallingbostal, dem ewigen Lokalkonkurrenten – nach Dorfmark kommen und der Dorfgemeinschaft auch noch erklären wollen, was sie gewissermaßen falsch ma-

che, erhöht aus Sicht dieser Interviewten noch das Gefühl der Aversion gegen die Proteste.

»[Die denken] konservativer. Die fahren vielleicht mit 'nem Trecker zur Demo, aber die lassen sich nicht von einem in einer Pluderhose und roten Haaren dazu aufrufen, jetzt gegen Polizisten vorzugehen. Da schlagen die Taktzahlen einfach etwas anders. Die demonstrieren anders, die sagen ihren Unmut etwas anders. [Auch weil sie, Anm. d. V.] sonst keine Demonstrationserfahrung haben. Ist eine Demonstration erst einmal, also wir halten uns, glaube ich, in einer Demonstration gehen wir erst einmal zehn Schritte zur Seite und gucken uns das erstmal an. Das ist so auf dem Dorf. [...] Lieber gesondert nebenher.« (I12)

Von daher verwundert auch nicht, dass sich diejenigen unserer Interviewpartner, die sich am Gegenprotest beteiligten, geradezu abschätzig über diejenigen Dorfmarker äußerten, denen das Motiv hinter den Demonstrationen gleichgültig sei:

»Ja, da gehen die natürlich nicht hin. Da gehen die natürlich nicht hin. Da geht keiner aus keinem Verein. Also da kommt dann mal eine FDP-Frau hin. Oder die Bürgermeisterin ist da gewesen. Oder von der SPD sind welche da. Die sind – ich sage mal – noch am stärksten vertreten. Ein paar. Aber da ist kein Verein. Weder vom Schützenverein noch vom Heimatverein. Von der Kirche ist keiner. Die wollen natürlich neutral sein.« (I9)

Nur wenige unserer Gesprächspartner waren sich der Dimensionen von rechtsradikalem Potenzial in der Region bewusst. Durchaus thematisierten sie selbstreflektiert und offen die unterschiedlichen Erscheinungs- und Artikulationsformen solcher Politik- und Gesellschaftsvorstellungen; nichtsdestotrotz fand sich auch in diesen Interviews zumeist eine Verengung des Phänomens Rechtsradikalismus. So berichtete uns ein in der Dorfgemeinschaft Aktiver: »Naja, der Rechtsextremismus ist [...] in den Landkreisen Soltau/Fallingb. Verden/Rotenb. überdurchschnittlich stark vertreten. Das weiß ich ja auch aus meiner eigenen Heimat. Unser Nachbardorf ist bis heute ein richtig braunes Nest« (I15). Im weiteren Gesprächsverlauf reduzierte er jedoch dieses rechtsradikale Potenzial qua Personalisierung auf die »Schneverdinger Jungs« (I15) im Heidekreis. Zwar ist diese Kameradschaft in der Region sicherlich eine der auffälligsten rechtsradikalen Gruppierungen, die daher aus guten Gründen als Beispiel genannt werden kann. Aber im Umkehrschluss führt diese Projektion beim Interviewten aufgrund der Personalisierung und Externalisierung des rechtsradikalen Potenzials zu dessen Reduzierung und zu einer Perspektivverengung, sodass sich hierdurch der selbstkritische Impuls letztlich relativiert.

Dieses Bild des Rechtsradikalismus kommt nicht von ungefähr. Zwar lassen sich solche Wahrnehmungs- und Deutungsmuster sicherlich überall in der Gesellschaft finden. Aber in unseren Gesprächen stießen wir auch auf einen konkreten

historischen Bezugspunkt, der dieses Wahrnehmungsbild gewissermaßen materialisiert. Dabei geht es um den Bundesparteitag der NPD in Fallingbostal im Oktober 1983. Aufgrund einer bis dahin als liberal bis leger angesehenen Stadtpolitik, die allen Parteien ermöglichte, den Ratssaal der Stadt für Parteiveranstaltungen zu nutzen, konnte auch die NPD die Heidmark-Halle zur Ausrichtung ihres Bundesparteitages heranziehen. Dieses Ereignis sollte sich nachgerade ins kollektive Gedächtnis der Gemeinde einbrennen und es dürfte kein Zufall sein, dass einige der bisher genannten Strukturmomente und Wahrnehmungsmuster von politischen Phänomenen hier bereits erkennbar sind bzw. offensichtlich in diesem Ereignis und dem Umgang damit schon angelegt waren. Als die Ausrichtung des NPD-Bundesparteitages bekannt wurde, regte sich – es war die Zeit, als die Bundesrepublik gerade den Höhepunkt der Neuen Sozialen Bewegungen Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre erlebte – Widerstand. Ganz unterschiedliche Gruppierungen und Organisationen schlossen sich Bündnissen an, um gegen den Parteitag zu demonstrieren. An den Gegendemonstrationen sollen sich über 1.600 Menschen beteiligt haben, die fast ausschließlich von außerhalb in die Region angereist kamen.¹¹⁶

Für den nordniedersächsischen Raum gilt diese Demonstration als »Initialzündung« für den Zusammenschluss antifaschistischer Gruppierungen und zugleich als eine Art Geburtsstunde der Autonomen in der Gegend, wie es noch heute geradezu mystifizierend in diesem Spektrum heißt.¹¹⁷ Denn im Laufe der Proteste kam es zu militanten Ausschreitungen zwischen Demonstranten, NPD-Anhängern und der Polizei, die offenbar eine solche Dynamik und Intensität erreichten, dass sie sich noch immer zur Mythenbildung anbieten – was sich auch daran zeigt, dass autonom antifaschistische Gruppierungen bis heute von der »Straßenschlacht von Fallingbostal«¹¹⁸ sprechen. Auch ein Interviewter erinnerte sich an die Ereignisse: »Da sind Pflastersteine geflogen. Der ganze Gehweg war abgedeckt« (I12), und schloss kurz darauf mit: »Das waren hier bürgerkriegsähnliche Zustände« (I12).

Die Auseinandersetzungen führten offensichtlich dazu, dass sich sowohl das Bild der gewaltbereiten Rechtsradikalen als Typus des »Neonazis« einbrannte als auch die Vorstellung von tendenziell gewaltbereiten Gegendemonstranten aus dem linken Spektrum. Diese Wahrnehmung antifaschistischen Protestes verschärft sich gerade durch die Deutung, dass linke Gruppierungen von außerhalb ins beschauliche Fallingbostal gekommen seien, um Krawall zu machen. Unser Interviewpart-

116 Vgl. Haunns, Sebastian: Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden 2004, S. 119.

117 Ottenheimer, Roger/Langer, Bernd: »Wir hatten das militante Antifa-Monopol«, in: Neues Deutschland, 01.11.2014.

118 Kunst und Kampf: Flyer: 30 Jahre Straßenschlacht von Fallingbostal, 22.10.2013, URL: http://kunst-und-kampf.de/WordPress_02/portfolio-item/30-jahre-strassenschlacht-von-fallingbostal/ [eingesehen am 19.02.2019].

ner fügte hierzu an: »Da gab's eine Veranstaltung und eine Gegenveranstaltung, da hatten die damals Demonstranten in die Heide gebracht« (I12).

Dass sich genau diese Muster ebenfalls in den Wahrnehmungen der Proteste gegen die Ludendorffer zeigen, dürfte kein Zufall sein. Offensichtlich hat sich hierdurch ein Bild von Politik als Manifestation politischer Anliegen in der Öffentlichkeit auf der Straße durchgesetzt, das in der Wahrnehmung von Dorfmarkern tendenziell mit Gewalt in Verbindung gebracht wird, was wiederum die Konnotation des Störens erklären würde, weshalb nun jegliche Form von Protestbewegung in der Öffentlichkeit Aversionen der Bürgerschaft hervorruft. Ein führender Lokalpolitiker sprach im Interview selbst an, welches Trauma Bad Fallingbostal von den Ereignissen in den 1980er Jahren davongetragen habe: »Fallingbostal wollte das nicht. Musste die Veranstaltung aber machen. Und seitdem sind wir sehr vorsichtig [...]« (I11).

Auch wenn sich die letzte Äußerung vor allem auf die Genehmigung zur Nutzung der Heidmark-Halle bezieht, kann sie sicherlich für die Wahrnehmung von politischen Phänomenen und Protest vor Ort verallgemeinert werden, weil sich mindestens ähnliche (wenn nicht sogar partiell gleiche) Strukturmomente und Wahrnehmungsmuster auch heute noch finden lassen. Insofern kann man davon sprechen, dass die Ereignisse um den NPD-Parteitag 1983 und dessen Wirkungen in den 1980er Jahren gerade aufgrund dessen soziokultureller Einbettung in die Region gewisse Dispositionen und Mentalitäten vorgezeichnet haben, die sich in den aktuellen Äußerungen unserer Interviewpartner aus Dorfmark niederschlugen.

4.4.2 Ludendorffer-Tagungen und ihre lokalpolitische Aushandlung

Auf kommunaler Ebene kommt Lokalpolitik und öffentlichen Verwaltungen eine ungeweine Bedeutung für die Aushandlung politischer Phänomene zu. Denn sie geben – wahrscheinlich noch stärker als in städtischen Ballungsgebieten, in denen kulturelle und zivilgesellschaftliche Gruppierungen weitgehend losgelöst von der dortigen Stadtpolitik agieren können – einen relativ engen Möglichkeitsspielraum und dadurch auch Deutungsrahmen vor. Schließlich kooperieren die jeweiligen lokal- und kommunalpolitischen Akteure viel enger mit den jeweiligen Bürgerschaften und Dorfgemeinschaften, weil sie deutlich näher und responsiver an den jeweiligen Befindlichkeiten der Bewohner sind. Aus diesem Grund dürften gerade auch im Rathaus von Bad Fallingbostal bzw. in den Gremien des Stadtrats die Geschehnisse um das Osterwochenende in Dorfmark eine Rolle spielen.

Dies hat zunächst verwaltungspraktische Gründe: Findet die Ostertagung der Ludendorffer-Bewegung selbst zumeist in den Räumlichkeiten Dorfmarker Gast-

stätten¹¹⁹ als »intern-private Veranstaltung«¹²⁰ statt, bedürfen die jährlichen Veranstaltungen wie Kundgebungen und Demonstrationen¹²¹ doch einer Genehmigung durch die zuständige Versammlungsbehörde (Landkreis) sowie zu ihrer Durchführung einer Koordination mit dem Ordnungsamt (Stadt Bad Fallingb.otel) und der Polizei. Zumindest innerhalb dieser Dimension sollten also die zuständigen Vertreter mit dem Thema in Berührung gekommen sein.

Abseits dieser verwaltungspraktischen Arbeit, die aufgrund der angemeldeten Versammlungen an den Osterwochenenden zu erwarten ist, birgt die Auseinandersetzung mit den Ludendorffern aber auch eine politische Dimension. Sichtet man etwa den Flyer, mit dem das lokale »Bündnis gegen die Ludendorffer« 2018 zu Protesten unter dem Motto »Nie wieder wegschauen ... Rassisten nicht verharmlosen« gegen die Ostertagung der Ludendorffer aufgerufen hatte,¹²² finden sich neben der grünen Ratsfraktion auch einzelne Ratsabgeordnete der SPD sowie von der Bürgerliste Bad Fallingb.otel auf der Liste der Unterzeichnenden. Außerdem thematisierten auch Politiker auf Landesebene die Ostertagungen der Ludendorffer im Plenum¹²³ oder beteiligten sich selbst an den Gegenprotesten.¹²⁴ Geht man davon aus, dass es sich bei dem Thema also nicht bloß um eine Angelegenheit handelt, welche die Stadt Bad Fallingb.otel im Sinne ihrer verwaltungsbedingten Aufgaben tangiert, sondern auch um eine politische Frage, zu der sich die Parteien und ihre Vertreter vor Ort positionieren (müssen), darf erwartet werden, dass das Thema auch eine Rolle in den lokalpolitischen Gremien spielt. Aus diesem Grund stehen nachfolgend die lokalpolitischen Aushandlungen hinsichtlich der Perspektive der Stadtpolitik und Behörden im Vordergrund.¹²⁵

119 Siehe Speit, Andreas: Rechte Esoterik. Wer sich zu Ostern nahe Bad Fallingb.otel versammelt, in: taz, 13.04.2017.

120 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Ludendorffer – Wie gefährlich ist die völkische Gruppierung?, 11.11.2014, S. 2.

121 Siehe Bündnis gegen Ludendorffer, Flyer: Nie wieder wegschauen ... Rassisten nicht verharmlosen. Proteste gegen die Ludendorffer, URL: www.xn--netzwerk-sdheide-szb.de/uploads/media/Ludendorffer_Ostern_2018.pdf [eingesehen am 28.12.2018].

122 Siehe ebd.

123 Zuletzt durch eine mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2016; siehe Der Präsident des Niedersächsischen Landtages: Antworten auf Mündliche Anfragen, 15.04.2016, S. 5-6.

124 Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Michael Höntsch etwa unterzeichnet nicht nur regelmäßig die Aufrufe des Bündnisses, sondern hielt 2018 auch eine Rede bei der Kundgebung in Dorfmark, vgl. o.V.: Lautstarker und friedlicher Protest, in: Kreiszeitung.de, 03.04.2018, URL: <https://www.kreiszeitung.de/lokales/heidekreis/bad-fallingb.otel-ort28275/lautstarker-friedlicher-protest-9747694.html> [eingesehen am 13.03.2019].

125 Grundlage dieser Auseinandersetzung bilden Interviews mit exponierten Lokalpolitikern und Vertretern aus der Stadtverwaltung sowie die Sitzungsdokumente im Ratsinformationssystem der Stadt Bad Fallingb.otel. Für die Untersuchung dieser Dokumente konzentrierten wir uns auf eine Volltextsuche mit festgelegten Suchwörtern (*Ludendorff*, *Ludendorffer*, *Mathilde Luden-*

Aufgrund des zuvorderst verwaltungspraktischen Blickwinkels betrachten Lokalpolitik und Stadtverwaltung politische Phänomene und Veranstaltungen aus einer spezifischen Perspektive. Auch deshalb wird diesen vor Ort zumeist eine andere Bedeutung beigemessen, was auch zu einer spezifischen Problemwahrnehmung führen kann. So berichtete uns ein Lokalpolitiker, der nicht aus Dorfmark, sondern aus einem Nachbarort stammt, dass er bis zu seinem Berufswechsel nach Dorfmark im Jahr 2015 noch nie von den Ludendorffern gehört habe – obwohl diese schon seit 1971 in der Region ihre Tagungen abhalten.

»Also ich habe definitiv erst 2015 davon erfahren. Also, das ist nicht rausgeschwappt aus dem Ort. Jedenfalls habe ich das nie als Nicht-Dorfmarker wahrgenommen. Und als dann die erste Mahnwache und Demo gegen die Ludendorffer angemeldet worden ist [...]. Da habe ich erst einmal recherchiert: Was ist das denn eigentlich? Hab es mir erzählen lassen [...].« (I11)

Obwohl besagter Lokalpolitiker selbst schon viele Jahre zuvor kommunalpolitisch in benachbarten Gemeinden aktiv gewesen war, unterstreicht er die Feststellung, bis dahin noch nicht mit dem Thema Ludendorffer in Berührung gekommen zu sein. Doch seit er über die Situation in Kenntnis gesetzt worden war, dominierte in der Frage nach dem Umgang eine verwaltungstechnische Perspektive: Wenn die Veranstaltungen der Ludendorffer nicht von staatlichen Behörden verboten würden oder wenn der BfG seine Tagungen in privaten Räumlichkeiten organisiere, ende gewissermaßen die Zuständigkeit der Politik, da die Stadtverwaltung dann keine Autorität mehr habe, diese Treffen zu verbieten. Dieser Umstand »mache die Sache so schwierig« (I11), erklärte der Lokalpolitiker.

Eine solch formalistische und rechtsstaatliche Logik begründet gewissermaßen den Möglichkeitsspielraum von bürgerschaftlichem Engagement und politischer Partizipation überhaupt; doch führt dieses Selbstverständnis von Lokalpolitik natürlich im Umkehrschluss zu Reibungen mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich gegen die Ludendorffer engagieren – denn hier bricht sich gewissermaßen die Erwartungshaltung an den Staat, da die Gegendemonstranten schließlich diese Perspektive der Politik und Verwaltung nicht teilen, sondern ein stärkeres Zeichen der Politik erwarten. Solche Konflikte und Ambivalenzen gehören allerdings zu

dorff, Bund für Gotterkenntnis, Nationalsozialismus, Nazi, Nazis, rechtsextrem, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Kundgebung, Demonstration, Protest) über das angebotene Recherche-Tool, von dem wir uns alle verfügbaren Sitzungsdokumente in den Gremien des Stadtrates anzeigen ließen und diese Ergebnisse anschließend auswerteten. Erfasst wurden dabei sämtliche Tagesordnungspunkte und Drucksachen, deren Titel mindestens einen der gesuchten Begriffe enthielt und die nach dem 1. Januar 1994 – dem Beginn der digitalen Archivierung der Sitzungen im Ratsinformationssystem – eingepflegt sowie im öffentlichen Teil des jeweiligen Gremiums behandelt worden waren.

den alltäglichen Aushandlungsformen auf kommunalpolitischer Ebene, sind keine Dorfmarker Besonderheit.¹²⁶ Zwar offeriert der kommunal- und lokalpolitische Rahmen exponierten Lokalpolitikern gewisse Spielräume, um sich stärker in die kommunalpolitischen Belange einzumischen, doch bedarf es dafür des Willens sowie entsprechender Politikertypen. Aber gerade aufgrund des strukturellen Umstands, dass die kommunalpolitischen Ebenen zumeist ökonomisch, bürokratisch und finanziell am Limit arbeiten,¹²⁷ zumeist aufgrund der politischen Anforderungen und an sie gerichteten Erwartungshaltungen auch schlicht überfordert sind, können lokalpolitische Spielräume der Politik nur selten genutzt werden. Stattdessen verstärkt sich gewissermaßen die Notwendigkeit, Politik primär aus technischen und verwaltungsrechtlichen Blickwinkeln zu betrachten. Dies zeigt sich nicht zuletzt auch daran, dass sich die Lokalpolitik – wie wir in der Auswertung der Interviews mit entsprechenden Vertretern herausfanden – auffallend zurückhält mit persönlich-normativen Wertungen und Urteilen über den BfG, die Tagungen und die Dorfmarker Reaktionen sowie über die Rolle der Gegenproteste.

Doch ist nicht nur der Blick der Lokalpolitik von außen auf die Ludendorffer von Bedeutung; auch die konkrete lokalpolitische Verhandlung der Thematik im Stadtrat ist zentral. Welchen Stellenwert nehmen die Ludendorffer-Tagungen in den Gremien des Stadtrates ein und auf welche Weise werden sie überhaupt von den gewählten Vertretern verhandelt? Hierbei ist vorweg zu konstatieren, dass das Ergebnis dieser Recherche ernüchternd ist – denn im Stadtrat wurden die Ludendorffer über die Jahre hinweg nur spärlich thematisiert, sodass man durchaus davon sprechen kann, dass die Ludendorffer vor Ort von der Lokalpolitik kaum als ein relevantes Politikum wahrgenommen werden. Seit den Aufzeichnungen der Gremientätigkeit im Jahr 1994 finden sich im angewendeten Suchschema lediglich 13 Treffer; der erste davon im Jahr 2005, der letzte im zurückliegenden Jahr 2018. Jedoch sollte diese augenscheinlich geringe Fallzahl nicht den Blick auf die inhaltlichen Dimensionen verstellen, weshalb im Folgenden die einzelnen Tagesordnungspunkte in ihrer Chronologie vorgestellt und die inhärenten Inhalte untersucht werden.

Das grüne Ratsmitglied Egon Hilbich erkundigte sich 2005 in einer Anfrage beim damals amtierenden Bürgermeister nach dessen Kenntnisstand über eine Nutzung städtischer Räumlichkeiten in Dorfmark durch die Ludendorffer.¹²⁸ Kon-

126 Vgl. Haus, Michael/Kuhlmann, Sabine: Lokale Politik und Verwaltung im Zeichen der Krise?, in: Dies. (Hg.): Lokale Politik und Verwaltung im Zeichen der Krise?, Wiesbaden 2013, S. 7-24.

127 Vgl. Karm, Katrin/Jaock, Tobias/Aderhold, Jens: Kommunalpolitiker in der Überforderungsfalle. Ratsarbeit und Belastungswahrnehmung in sechs Kommunalparlamenten aus Sicht der Mandatssträger, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 4/2013, S. 829-846.

128 Siehe Stadt Bad Fallingb., Ratsinformationssystem – Ratssitzung vom 21.02.2005. TOP Ö 17.2: Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V., URL: https://sessionnet.krz.de/bad_fallingbostel/bi/too050.asp?__ktonr=1805 [eingesehen am 01.01.2019].

kret wollte Hilbich wissen, ob die Stadt Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt habe, ob in diesem Falle ein Verbot gegen die Veranstaltung verhängt werden könne und – wenn dies nicht der Fall sei – ob die »Stadt sich zumindest, bspw. auf ihrer Internetseite, öffentlich hiervon distanzieren«¹²⁹. Während der Bürgermeister daraufhin zu Protokoll gab, dass ihm keine Anfrage zur Nutzung städtischer Räume vorliege und er im Fall einer Anfrage mit einer Ablehnung reagieren würde,¹³⁰ beschäftigte das Thema um mögliche Raumnutzungen durch die Ludendorffer etwas mehr als ein Jahr später den Rat erneut. Abermals war es Hilbich, der in der Mailsitzung vonseiten der Verwaltung sichergestellt wissen wollte, dass »dem ›Bund für Gotterkenntnis – Ludendorff-Bewegung‹, der wieder in Dorfmark getagt habe, weder die Grundschule noch die Sporthalle zur Verfügung gestellt worden sei«¹³¹. Wiederum verwies der Bürgermeister auf die schon zuvor geäußerte Ablehnung einer Vermietung städtischer Gebäude an den Bund für Gotterkenntnis. Die Stadt habe weder in der Vergangenheit diese Räumlichkeiten dem BfG bereitgestellt noch wolle sie dies in Zukunft tun.¹³²

Wie diese Beispiele zeigen, beschäftigte das Thema die kommunalpolitischen Gremien also bereits zwei Jahre vor der Anmeldung der mutmaßlich ersten Gegenkundgebung in Dorfmark im Jahr 2007.¹³³ Nichtsdestotrotz erhielt das Thema in den kommunalpolitischen Gremien erst mit den Ereignissen um die Gegenproteste eine neue Dynamik, wobei gerade das Jahr 2008 in der Diskussion eine Zäsur darstellte. Denn wie bereits ausgeführt erhielten die Demonstrationen mit den rassistischen Beleidigungen von Dorfmarkern gegen eine internationale Gruppe angelegter Jugendlicher eine neue Brisanz.

Wie mehrere Berichte übereinstimmend festhalten, handelte es sich bei den Dorfmarkern, die diese Beleidigungen aussprachen, nicht um Teilnehmer oder Angehörige des BfG und dessen Tagung, sondern um Bürger aus dem Ort. Erst dieser Umstand erhöhte den Problemwahrnehmungsdruck auf die Lokalpolitik, was diese im Rat dann auch selbst thematisierte und zum Anlass nahm, sich mit dem Bund für Gotterkenntnis zu beschäftigen. Als der Rat am 7. April 2008 zusammentrat, stand die Verabschiedung einer Resolution auf der Agenda, mit der die Ratsmitglieder Stellung zu den Vorkommnissen des zurückliegenden Karfreitags, aber auch generell zu den Tagungen des BfG in Dorfmark beziehen wollten. Dabei mag

129 Ebd.

130 Ebd.

131 Stadt Bad Fallingb., Ratsinformationssystem – Ratssitzung vom 15.05.2006. TOP Ö 18.7: Treffen Ludendorff-Bewegung in Dorfmark, URL: https://sessionnet.krz.de/bad_fallingbostel/bi/tooo5o.asp?__ktonr=2654 [eingesehen am 01.01.2019].

132 Siehe ebd.

133 Siehe Schröter, Jeanette: Tagung der Ludendorffer in Dorfmark sorgt erstmals für Aufsehen, Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen – Materialdienst, H. 10/2007, URL: https://www.ezw-berlin.de/html/15_827.php [eingesehen am 01.01.2019].

gerade dieser zweite Schwerpunkt aus Beobachterperspektive irritieren, bedenkt man, dass sich in Bezug auf die Ludendorffer-Tagung die nahezu gleichen Vorzeichen ergaben wie schon in den Jahren zuvor: Wie bereits in den vorangegangenen Jahrzehnten reisten Anhänger der völkisch-antisemitischen Vereinigung auch an diesem Osterwochenende nach Dorfmark, um hinter verschlossenen Türen der alljährlichen Tagung beizuwohnen. Was sich an jenem Osterwochenende 2008 am bisherigen Status quo indes änderte, waren die rassistischen Reaktionen einiger Dorfmarker Bürger auf die Aktivisten des versammelten Gegenprotestes. Mit diesen Vorkommnissen schien für die Ratsmitglieder ein Punkt erreicht zu sein, sich positionieren zu müssen.

Im Begründungstext zur Resolution schlug sich die neue Positionierung gegenüber den Ludendorffern unter Bezugnahme auf wissenschaftliche Literatur zu den historisch-ideologischen Hintergründen und den Einschätzungen staatlicher Behörden in einem Verweis auf die »antipluralistische und rassistische, insbesondere antisemitische Weltanschauung der Mathilde Ludendorff«¹³⁴ nieder. Nach dieser Einordnung der Ludendorffer schlug man in der Vorlage die Brücke zu den Ereignissen am Karfreitag, indem man den bereits aus den Presseberichten bekannten Sachverhalt über die Beleidigungen und rassistischen Anfeindungen Dorfmarker Bürger schilderte. Danach aber fiel der Bericht in das bereits erwähnte Muster einer Relativierung qua Externalisierung der Vorfälle zurück (obwohl dieser Rassismus gerade nicht von den Ludendorffern, sondern von Dorfmarkern ausging). So heißt es als Reaktion auf die Vorfälle: »Der Rat der Stadt Bad Fallingbostal bezieht mit seiner Resolution klar Stellung zu den Vorkommnissen und appelliert, sich zur gemeinsamen Verantwortung zu bekennen und dafür einzutreten, dass es zu keinen weiteren Tagungen des BfG mehr kommt.«¹³⁵

Anhand dieser Zeilen zeigt sich also eine Lesart der Situation, die dem postulierten Anspruch auf ein »Stellung beziehen« zu den Vorkommnissen nur bedingt gerecht wird. Wodurch ein derartiger Kurs seitens der beteiligten Fraktionen beeinflusst sein könnte, deutet die Diskussion zum Tagesordnungspunkt an. Denn obgleich die Resolution und mit ihr der vorgestellte Begründungstext später einstimmig angenommen wurden, macht der Kommentar zum Tagesordnungspunkt deutlich, dass im Vorhinein ein Dissens über die inhaltliche Ausgestaltung der Resolution geherrscht zu haben schien. Zentraler Diskussionspunkt: der Schaden, den eine derartige Erklärung am Image Dorfmarks verursachen könnte.

In der Vorbemerkung des damaligen Bürgermeisters heißt es: »Es werde deutlich gemacht, dass es keineswegs um eine Verurteilung Dorfmarks gehe, sondern

134 Stadt Bad Fallingbostal: Ratsinformationssystem – Drs. 48/2008, URL: https://sessionnet.krz.de/bad_fallingbostal/bi/getfile.asp?id=9339&type=do& [eingesehen am 02.01.2019].

135 Ebd.

generell solchen Vorkommnissen im gesamten Stadtgebiet vorgebeugt werden sollte.«¹³⁶ Und weiter: »Angesichts der bedauerlichen Vorfälle zu Ostern bestehe die Gefahr, dass eine ganze Dorfgemeinschaft ungerechtfertigt stigmatisiert werde«¹³⁷ – eine Einschätzung, die auch von denjenigen Ratsmitgliedern geteilt wurde, die teilweise von einem Imageschaden für Dorfmark sprachen, dem es nun zu begegnen gelte, oder die hervorhoben, dass die große Mehrheit der Einwohner des Ortes weltoffen und nicht fremdenfeindlich sei. Unverkennbar bestimmten also Befürchtungen, die Vorfälle könnten zu einer Stigmatisierung der Gemeinde beitragen, die Ausgestaltung der verabschiedeten Resolution.

Doch noch ein anderes Motiv wird deutlich: Obwohl es sich bei den Anfeindungen um Parolen handelte, die ideologisch zweifelsohne rechtsradikal motiviert waren, war den Beteiligten wichtig, festzuhalten, die verabschiedete Resolution auf das gesamte »Extremismusspektrum« zu erweitern. Hierzu abermals der Bürgermeister: »Es werde betont, dass es gegen extremistische Tendenzen, gleich ob von rechts oder von links, einzutreten gelte.«¹³⁸ Eine Position, die ein anderer Ratsherr ebenfalls bekräftigte, als er sich der Einschätzung anschloss, mit dieser Resolution ein Zeichen sowohl gegen Rechts- als auch gegen Linksextremismus setzen zu wollen. Hatten die Abgeordneten zuvor klargestellt, dass die Ereignisse vom Osterwochenende nicht zu einer Verallgemeinerung rassistischer Einstellungen Weniger auf die gesamte Dorfgemeinschaft verleiten dürften, bedienten sich die vorgestellten Vertreter durch ihr umfassenderes Verständnis von »Extremismus« nun selbst einer Verallgemeinerung. Konsequenterweise vermied deshalb der letztlich verabschiedete Resolutionstext auch Termini wie *rechtsextrem* und sprach sich stattdessen stets gegen *Extremismus* in einer holistischen Lesart aus.¹³⁹

Ungeachtet dieser Abwehrtendenzen bedeutete die Ratssitzung im April 2008 trotzdem eine Neuerung im Verhältnis der kommunalen Politik zu den alljährlichen Ludendorffer-Treffen: Zum ersten Mal sprachen sich die gewählten Vertreter sowohl gegen die rassistische und antisemitische Ideologie des BfG als auch dafür aus, dass Letzterem in Zukunft vonseiten der Dorfmarker Hoteliers keine Tagungsräume mehr zur Verfügung gestellt werden sollten¹⁴⁰ – ein Appell, der über seinen symbolischen Charakter hinaus auch gegen reale ökonomische Interessen in Dorfmark vorging, für die der Ludendorffer-Tourismus – so wie im vorherigen Kapitel

136 Stadt Bad Fallingbostal, Ratsinformationssystem – Ratssitzung vom 07.04.2008. TOP Ö 4: Tagungen des »Bundes für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V.« in Dorfmark, Resolution des Rates, URL: https://sessionnet.krz.de/bad_fallingbostal/bi/to0050.asp?__ktonr=4081 [eingesehen am 03.01.2019].

137 Ebd.

138 Ebd.

139 Siehe ebd.

140 Siehe ebd.

aufgezeigt – eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle darstellte. Somit setzte das Papier in der Diskussion einen normativen Ankerpunkt, auf den sich insbesondere Ludendorffer-kritische Stimmen in den Gremien in den nächsten Jahren berufen würden.

Dies geschah erstmals im Jahr 2010. Wie schon in den Jahren zuvor war es der Abgeordnete der Grünen, Egon Hilbich, der in einer Ratssitzung im Mai auf die zurückliegende Ludendorffer-Tagung zu sprechen kam. Dadurch, dass Dorfmarker Bürger auch weiterhin an Mitglieder des Vereins vermietet hätten, sei »dreist auf die Resolution des Rates gespuckt«¹⁴¹ worden, so Hilbich. Während der Bürgermeister in seiner Antwort auf die Bemühungen der Stadt verwies, ihrerseits die Ziele der Resolution umzusetzen (so sei etwa eine Ausstellung zum Thema Rechtsextremismus an der Haupt- und Realschule von Bad Fallingbostal eröffnet worden), provozierte Hilbichs Aussage bei einem Abgeordneten der CDU-Fraktion bereits bekannte Muster, indem dieser auf einen Anstieg linksextremer Gewalt aufmerksam machte, welchem doch ebenfalls mit einer eigenen Ausstellung begegnet werden sollte.¹⁴²

In den Jahren darauf setzten sich derlei Anfragen fort: 2011 erkundigte sich Hilbich beim Bürgermeister nach den »Bemühungen, Anstrengungen und Erfolge[n] bezüglich der Resolution des Rates«¹⁴³, 2013 erinnerte ein anwesender Bürger den Rat an die 2008 beschlossene Leitlinie, auf Gastronomen und Vermieter einzuwirken, dass diese nicht weiter an Ludendorffer vermieten sollen. Abseits der Tatsache, dass dieses Ziel immer noch nicht erreicht sei, stellte er fest:

»Offensichtlich scheine die Dorfmark Touristik den Vermietern aber noch Rücken-
deckung zu geben und bringe sich selbst aktiv in das Vermittlungsgeschäft ein. Die
Dorfmark Touristik erhalte Geld von jener Stadt, die nicht wolle, dass die Luden-
dorffer weiter in Dorfmark tagten. Damit mache man den Bock zum Gärtner. Es
müsse gelten: Ostern ist Dorfmark bunt statt braun.«¹⁴⁴

Der Bürgermeister wies daraufhin zwar die Vorwürfe zurück, denen zufolge der Dorfmark Touristik e.V. Vermietungen aktiv fördere, und machte auch erneut klar, dass die Stadt nach wie vor nicht wolle, dass die Ludendorffer in Dorfmark tagen.

141 Stadt Bad Fallingbostal, Ratsinformationssystem – Ratssitzung vom 03.05.2010. TOP Ö 17.2: Tagung der Ludendorffer, URL: https://sessionnet.krz.de/bad_fallingbostal/bi/tooo5o.asp?__ktonr=6031 [eingesehen am 07.01.2019].

142 Siehe ebd.

143 Stadt Bad Fallingbostal: Ratsinformationssystem – Ratssitzung vom 04.04.2011. TOP Ö 10.2: Ludendorffer-Treffen, URL: https://sessionnet.krz.de/bad_fallingbostal/bi/tooo5o.asp?__ktonr=6760 [eingesehen am 07.01.2019].

144 Stadt Bad Fallingbostal: Ratsinformationssystem – Ratssitzung vom 15.04.2013. TOP Ö 4.4: Ludendorffer-Treffen in Dorfmark, URL: https://sessionnet.krz.de/bad_fallingbostal/bi/tooo5o.asp?__ktonr=13325 [eingesehen am 07.01.2019].

Andererseits musste das Stadtoberhaupt aber auch konstatieren, dass langjährige Appelle an die Bürger sowie der Versuch, ein Bürgerbündnis zur Erreichung der Ziele zu gründen, keinen Erfolg gehabt hätten.¹⁴⁵

Dass sich eine solche Assoziation nicht bilden konnte, ist umso bemerkenswerter, als Dorfmark ansonsten ein ungemein zivilgesellschaftlich geprägter »Engagement-Ort« ist, der ein dichtes Netz aus Vereinen und Initiativen zu ganz verschiedenen Themen und Anliegen gewoben hat. Jedenfalls betonte der Bürgermeister, dass man der Dorfmark Touristik darüber hinaus auch keine Aufgabe oktroyieren dürfe, die sie nicht erfüllen könne. Fünf Jahre nachdem die Resolution im Stadtrat verabschiedet worden war, schienen die damals gesetzten Ziele nicht durchsetzungsfähig zu sein. Es wird das letzte Mal gewesen sein, dass die Resolution Diskussionsgegenstand in den Gremien des Stadtrats war. 2014 rief Ratsherr Hilbich ein letztes Mal alle Fraktionen auf, sich an den Protesten gegen die Ludendorffer zu beteiligen.¹⁴⁶ Danach beschränkten sich die Erwähnungen der Ludendorffer-Tagungen lediglich darauf, die Ratsmitglieder vonseiten der Verwaltung darüber zu informieren, dass eine Anmeldung von Kundgebungen und Demonstrationen bei der Stadtverwaltung eingegangen sei.

4.4.3 Perspektiven auf den Gegenprotest

Lange Zeit fanden die Tagungen des BfG in Dorfmark weitestgehend abseits größerer öffentlicher Aufmerksamkeit statt. Wie unsere Interviewpartner berichteten, seien die Ludendorffer in der Regel auch kaum aufgefallen. Sie hätten lediglich mit ihrem Kleidungsstil, ihren Trachten, kurzzeitiges – durchaus belustigendes – Aufsehen erregt und auch sonst seien die Tagungen lediglich dadurch registriert worden, dass die Buchungszahlen im Dorfmarker Hotelgewerbe nach oben gegangen seien. Doch andere Formen öffentlicher Auseinandersetzung mit dem BfG habe es über Jahrzehnte hinweg nicht gegeben. Dies änderte sich erst ab dem Jahr 2007, als die erste Kundgebung vor der Dorfmarker Gaststätte »Deutsches Haus« angemeldet wurde und fortan Demonstranten verschiedener politischer Parteien, Gewerkschaften und antifaschistischer Initiativen nach Dorfmark kamen.¹⁴⁷

Für den Ort veränderte sich damit der bisherige Status quo am jährlichen Osterwochenende erheblich. Lokalzeitungen und überregionale Medien begannen, sich für das Thema zu interessieren, und berichteten über die Veranstaltungen; Absperrungen und Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei wurden zum gewohnten

¹⁴⁵ Ebd.

¹⁴⁶ Stadt Bad Fallingbostal: Ratsinformationssystem – Ratssitzung vom 17.02.2014. TOP Ö10.1: Ostertreffen der Ludendorffer in Dorfmark, URL: https://sessionnet.krz.de/bad_fallingbostal/bi/to0050.asp?__ktonr=18386 [eingesehen am 07.01.2019].

¹⁴⁷ Stengel: Rassistentreffen in der Lüneburger Heide, 22.03.2016; Schröter: Tagung der Ludendorffer in Dorfmark sorgt erstmals für Aufsehen.

Bild an den Osterwochenenden und zumindest diejenigen, die sich zu dieser Zeit in der Nähe des Bahnhofs aufhielten (dort also, wo auch die betreffenden Gaststätten zu finden waren), wurden bei ihren Osterspaziergängen mit den Protestparolen der Ludendorffer-Gegner konfrontiert.

Kurzum: Der Gegenprotest rückte in der öffentlichen Wahrnehmung nicht die als problematisch identifizierte Gruppe in den Vordergrund, sondern stellte den Ort Dorfmark ins Rampenlicht der öffentlichen Aufmerksamkeit und durchbrach zugleich die dorfgemeinschaftliche Routine. Diese Verschiebung prägte auch das Bild, das die Dorfmarker von dem Gegenprotest an sich haben.¹⁴⁸

Bei unserer Analyse der unterschiedlichen Perspektiven auf den Gegenprotest stehen einerseits die Wertungen und Interpretationen im Vordergrund, die Dorfmarker Bürger selbst bezüglich des Gegenprotestes vornahmen; andererseits soll aber auch das Verhältnis der Protest-Engagierten zur Dorfmarker Bürgerschaft berücksichtigt werden. Im Zuge dessen stehen auch Vorstellungen von der Notwendigkeit und Legitimität des Protestes im Fokus. Was motiviert Teilnehmer des Protestes, sich jedes Jahr wieder am Osterwochenende in Dorfmark einzufinden, und welche Protestmotive vermuten Bewohner des Ortes bei den Teilnehmern des Gegenprotestes? Sprachen wir mit unseren Interviewpartnern über ihre Sicht auf die jährlichen Demonstrationen, kristallisierte sich schnell heraus, dass die Deutungen nicht nur zwischen den einzelnen Befragten divergierten, sondern auch, dass die Interpretationen diffus waren. Unsere Gesprächspartner unterschieden teils sehr genau zwischen einzelnen Phasen des Protestes und konnten auch einzelne Ereignisse schildern, nach deren Auftreten sich sowohl die eigenen Blickwinkel auf das Protestgeschehen veränderten als auch insgesamt sich ein Paradigmenwechsel im Bild der Dorfmarker vollzog.

Richtet man den Blick auf die Anfänge des Gegenprotestes im Jahr 2007, so verbanden unsere Gesprächspartner die erste Mahnwache vor allem mit der überhaupt ersten tiefergehenden Auseinandersetzung mit dem BfG und seiner Ideologie im Ort. Die Kundgebung am Karfreitag war als Auftakt des Protestes damals mit einer Informationsveranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes

148 An dieser Stelle soll unser Begriffsverständnis des Terminus »Gegenprotest« erläutert werden. Anstatt auch andere Formen der (kritischen) Auseinandersetzung mit den Treffen des BfG (bspw. die sogenannten Friedensgebete der örtlichen Kirchengemeinde, die einige Jahre stattfanden) vor Ort einzubeziehen, verengen wir unseren Fokus mit den jährlichen Kundgebungen vor den Gaststätten sowie den Demonstrationen durch den Ort auf bloß eine Protestform. Dies geschieht aus zwei Gründen: Erstens legen wir uns damit auf die einzige Form des Protestes fest, die seit dessen Beginn im Jahr 2007 bis heute an jedem Osterwochenende stattgefunden hat und damit chronologisch den robustesten Bezugspunkt des Protestes gegen den BfG darstellt; und zweitens folgen wir auf diese Weise zugleich dem Begriffsverständnis der Interviewten, die bei der Frage nach den Protesten gegen den BfG stets selbst Bezug auf die angemeldeten Kundgebungen und den Demonstrationszug durch den Ort nahmen.

des Heidekreises verknüpft worden, zu welcher Letzterer die Dorfmarker Bevölkerung eingeladen hatte, um einem Vortrag des Weltanschauungsbeauftragten der hannoverschen Landeskirche über die Ludendorffer beizuwohnen. Die Interviewpartner, die sich nach eigener Aussage zuvor nicht näher mit dem BfG beschäftigt hatten – beispielsweise beschrieb ein Interviewter seinen Blickwinkel auf die jährlichen Gäste vor 2007 so: »Ich habe mich auch nie richtig damit beschäftigt. Ich habe auch nicht geahnt, dass die rechts sind« (I10) –, verbanden mit dem Beginn der Proteste also primär eine Situation, in der eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema vorangetrieben wurde. Obgleich daraufhin einige Dorfmarker – wie auch ein Teil unserer Gesprächspartner – sich weiterhin mit dem Thema beschäftigten und hieraus die Motivation erwuchs, sich auch an der ersten Kundgebung vor der Gaststätte »Deutsches Haus« zu beteiligen, stellten sie diesen Impetus für den Großteil ihrer Mitbürger jedoch nicht fest. Stattdessen riss der Protest eine Konfliktlinie auf. Obwohl unsere Interviewpartner davon ausgingen, dass auch die anderen Einwohner Dorfmarks der Ideologie des BfG zumindest nicht positiv gegenüberständen, bedeutete der Protest für sie doch eine geradezu erzwungene Konfrontation mit den Ludendorffern, deren Notwendigkeit in weiten Teilen allerdings nicht geteilt werde. Denn obwohl keine Befürwortung der Ideologie bestehe, ließe sich zumindest der Wunsch erkennen, die sich über Dekaden eingespielte Routine im Verhältnis zwischen Dorfbevölkerung und Ludendorffern, die zu einer Art Normalität geronnen sei, nicht zu strapazieren. Für einen Interviewpartner, der sich selbst ebenfalls nicht an den Protesten beteiligt hatte, stellte sich die Situation damals folgendermaßen dar:

»Klar, man musste natürlich Flagge zeigen – was ich gut finde, ist Flagge zeigen und so. Das war schon richtig. Klar. Und die Dorfmarker, die haben da nicht, das muss man auch so sehen, die haben da nicht – weil die mit denen irgendwie auch großgeworden sind. Viele Dorfmarker haben auch gesagt: »Die haben uns nie gestört, warum sollen wir jetzt gegen die protestieren? Na gut, die haben vielleicht jetzt nicht so die besten Gedanken, aber was soll ich mich jetzt deswegen auf die Straße stellen und demonstrieren?« (I10)

Die normative Wertung, dass die beherbergte Gruppe antisemitische und rassistische Inhalte vertrete (und die daraus resultierende Befürwortung eines »Flaggezeigens«), scheint also schon zu Beginn der Proteste für die meisten Dorfmarker nicht derart virulent gewesen zu sein, um sich selbst an den Kundgebungen zu beteiligen. Sätze wie: »Die haben uns nie gestört, warum sollen wir jetzt gegen die protestieren?«, verweisen demnach schon für das Jahr 2007 auf eine weitgehend leidenschaftslose Beziehung der Dorfmarker zu den Ludendorffern, die unsere Befragten auch in den Jahren danach erkennen ließen. Mehr noch: Analysiert man die Aussagen über die nachfolgende Zeit, schlug diese anfängliche Passivität gegenüber den Kundgebungen in den Folgejahren sogar in Ablehnung um – wobei

immer wieder auf die rassistischen Beleidigungen im Jahr 2008 verwiesen wurde. Hatte der Protest im Jahr zuvor im Bild unserer Befragten wenig Breitenwirkung erzielt, geriet Dorfmark durch die rassistischen Beleidigungen von Dorfmarkern gegen Protestierende auch in die überregionalen Schlagzeilen, was bei vielen Einwohnern Unmut hervorrief. In der Darstellung der Medien fühlten sich die Einwohner zu Unrecht als »ganz rechtes Nazidorf« (I11) verurteilt und lasteten dieses schlechte Bild den Gegenprotesten an, ohne die es aus ihrer Sicht nicht zu diesem Imageschaden gekommen wäre.

Danach änderten sich die Rahmenbedingungen des Protestes. Einerseits erhöhten die Behörden in den darauffolgenden Jahren die Polizeipräsenz an den Osterwochenenden und sperrten die Proteste weiträumiger ab; andererseits mobilisierten die Vorfälle des vorangegangenen Jahres mehr Personen aus dem autonomen Spektrum, sich an den Protesten gegen den BfG zu beteiligen. Den Zeitraum nach dem Jahr 2008, der sich etwa bis 2011/12 zog, nahmen unsere Befragten als diejenige Periode wahr, in welcher der Gegenprotest die Dorfmarker Gemüter am meisten erhitze habe. 2010 kam es zu einer Konfrontation zwischen Demonstranten und einem Dorfmarker Anwohner, der den Protestierenden und Polizeibeamten mutmaßlich den Hitlergruß zeigte;¹⁴⁹ 2011 gingen in der Nacht vor der Kundgebung ein Werbebanner sowie zwei Fensterscheiben der Gaststätte »Deutsches Haus« zu Bruch, nachdem Unbekannte mit Farbe gefüllte Flaschen dagegen geworfen hatten.¹⁵⁰ In der Wahrnehmung einzelner Interviewpartner – und nach deren Dafürhalten auch in der Perspektive vieler Dorfmarker – habe dieser »Krawall« (I8) respektive die »unschönen Züge« (I10), welche die Ereignisse um die Gegenproteste zu dieser Zeit angenommen hätten, vor allem dessen Ansehen selbst geschadet. Nun verstetigte sich ein Bild der jährlichen Veranstaltungen und ihrer Teilnehmer, das auch in den Jahren nach der beschriebenen Phase seine Wirkung auf die Wahrnehmungen des Gegenprotestes entfalten würde.

Denn obgleich bei den Interviewten Einigkeit darüber bestand, dass nach dieser Periode sowohl die Diskussionen um den Gegenprotest zurückgegangen seien (ein Interviewpartner schilderte uns, dass die Tagungen des BfG und die damit verbundenen Proteste heute »nicht mehr so ein Knallerthema« (I10) wie in den Jahren davor seien) und sich auch die Teilnehmerzahlen der jährlichen Veranstaltungen im Vergleich verringert hätten, entpuppten sich die Blickwinkel auf diese Zeit doch als äußerst relevant für die heutigen Wertungen.

Jene übergeordneten Deutungen sollen deshalb im Folgenden aufgezeigt werden – wobei wir vier Hauptmotive identifiziert haben, die als Grund für die Ablehnung des Gegenprotestes eine Rolle spielen. Erstens: der Gegenprotest als Störfak-

149 Siehe Schölermann: Altnazi zu Gast in der Heide – Proteste in Dorfmark gegen »Ludendorfer«-Spuk.

150 Siehe Schölermann: Ärger um Polizeieinsatz in Dorfmark.

tor der Normalität im Ort und speziell der Ruhe an Ostern; zweitens: der Protest als von externen Akteuren aufgezwungenes Ereignis; drittens: das als (zu) radikal wahrgenommene Auftreten einiger Protestakteure und eine damit einhergehende Vorstellung von Gewalt bzw. »Militanz«; und viertens: die Beurteilung einiger Protagonisten des Protestes als Hemmnis für eine Beteiligung an selbigem.

Blicken wir auf das erste Motiv, kommt mit ihm eine Wertung des Protestes zur Geltung, die sich wie ein roter Faden durch die Gespräche mit einzelnen Interviewten und ihren Blick auf die jährlichen Veranstaltungen zu ziehen scheint. Anstatt sich weder auf die Seite der Aktivisten zu schlagen noch Partei für die Treffen des BfG zu ergreifen, stand vielmehr der Wunsch nach »Normalität« an den Osterwochenenden im Vordergrund. Dabei wurde diese Normalität mit verschiedenen Dimensionen in Verbindung gebracht. Während beispielsweise ein Interviewter hervorhob, dass der Karfreitag als einer der heiligsten christlichen Feiertage im Kalenderjahr durch lärmende Mahnwachen gestört würde (I10), stand für einen anderen Gesprächspartner ein noch umfassenderes Bedürfnis nach Ungestörtheit im Mittelpunkt. Mit Bezug auf eine ablehnende Haltung gegenüber den Mahnwachen stellte er fest: »Dem Dorfvolk ist das so ziemlich egal. Die wollen Frieden haben. Ruhe haben« (I9). In diesem apolitischen Verhältnis zu den Ereignissen ständen die Einwohner im Zweifel eher auf der Seite der Gäste, die seit Jahrzehnten in den Ort kämen, teilweise auch im Ort wohnten, den Tourismus belebten und mit ihren Tagungen hinter verschlossenen Türen die Ruhe nicht stören würden – anders als der Gegenprotest. Hierzu nochmals der eben zitierte Gesprächspartner:

»Wenn die [Aktivisten im Gegenprotest, Anm. d. V.] dann, sage ich mal, so rumschreien, bringt das in meinen Augen eigentlich auch nichts. Die Ludendorffer sind ja nicht zu sehen. Die verschanzen sich ja in ihrem Hotel. Es geht vereinzelt mal einer durch. Vereinzelt. Der wird dann angemacht. Vereinzelt. Aber wenn die dann so rumschreien, wirkt sich das dann auf die Dorfbevölkerung nicht positiv aus.« (I9)

Ein anderes Narrativ, das wir bei unseren Interviewpartnern erkennen konnten, richtet den Fokus auf die Legitimationsgrundlage des Protestes, wobei dessen fehlende Rechtmäßigkeit an die Frage nach der Herkunft der Demonstranten geknüpft wurde. Wurde soeben ein Bedürfnis nach Normalität festgestellt, das für die Dorfmarker Einwohnerschaft eine höhere Relevanz zu besitzen schien, als mit einer Teilnahme an den Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Tagungen des BfG zu protestieren, bewerteten sie von diesem genuin Dorfmark-eigenen Standpunkt aus auch den Gegenprotest.

Verkürzt lässt sich diese Bewertung folgendermaßen darstellen: Weil sich die Dorfmarker selbst mehrheitlich nicht an den Protesten beteiligten, obwohl es ja gerade »ihren« Ort betraf, hätten externe Akteure auch nicht das Recht, einen solchen Widerstand in Dorfmark zu erzwingen. In unseren Interviews trat diese Position

immer dann zutage, wenn wir auf die Zusammensetzung des Gegenprotestes zu sprechen kamen – also wissen wollten, wer sich aus Sicht der Befragten an den Protesten beteiligte und wer nicht. Obwohl die Gesprächspartner feststellten, dass der Protest auch von einigen Bürgern aus Dorfmark begleitet worden sei, verteilte sich die Majorität der Teilnehmer doch auf Städte und Gemeinden außerhalb Dorfmarks oder sogar auf noch weiter entfernte (Groß-)Städte, aus denen Aktivist*innen jährlich anreisen würden. Diese Konstellation habe sich schon zu Beginn der Proteste abgezeichnet und bis heute nicht verändert, berichtete ein Interviewter: »Deswegen kamen, wenn das Demonstranten waren, klar eine paar Dorfmarker auch, aber die kamen meistens dann von außen. Von Außerhalb. Ist schon so« (I10). Gegen diese von außerhalb Angereisten formulierte ein Interviewter eine klare Widerstandshaltung und stellte uns einen offenen Brief vor, den er auf Initiative einiger Dorfmarker Bürger verfasst habe. Darin stellte er die Frage nach der Notwendigkeit der Proteste:

»Die große Mehrzahl der Dorfmarker empfinden diese Demonstration nicht nur als unnötig, sondern auch als unverständlich. Aber Menschen, die zum großen Teil von außen kamen, meinten, die Dorfmarker befreien zu müssen. Auf die Frage eines direkt betroffenen und genervten Anwohners, ob und wie lange dieses Spektakel denn noch nötig sei, wurde ihm [...]»¹⁵¹ wörtlich geantwortet: »Solange diese trotteligen Dorfmarker ihre Probleme nicht selber regeln, müssen eben Andere das eingenistete Ungeziefer vertreiben.« (I15)

Ungeachtet der Tatsache, dass der Text letztlich nicht – wie offenbar eigentlich vorgesehen – als Leserbrief eingereicht wurde und auch nicht überprüft werden kann, ob es tatsächlich zu einer derartigen Aussage gegenüber einem Dorfmarker Bürger kam, zeigt sich anhand dieses Beispiels doch, wie augenscheinlich selbst deutliche Gefühle der Bevormundung, des Unverständnisses und der Ablehnung mit den jährlichen Protesten in Verbindung gebracht wurden.

Als drittes Motiv konnten wir ein ausgeprägtes Unbehagen ob des Auftretens und der politischen Verortung einiger Akteure des Gegenprotestes feststellen. Dieses manifestierte sich zum einen im Erscheinungsbild und den geäußerten Inhalten der Protestteilnehmer, denen eine – wie auch immer geartete – »Radikalität« zur Last gelegt wurde; zum anderen schrieb man dem Gegenprotest eine »militante« Haltung bzw. ein Gewaltpotenzial zu, welches das gerechtfertigte Anliegen diskreditieren würde. Im besonderen Fokus standen dabei solche Aktivist*innen, die einer nicht weiter spezifizierten Gruppe »der Antifa« zugerechnet wurden. Ein Dorfmarker, der sich selbst lange Zeit an den Mahnwachen beteiligt habe, sagte dazu:

151 Zur Wahrung der Anonymität verzichten wir an dieser Stelle auf eine nähere Beschreibung der angesprochenen Person.

»Und es ist halt für unser Dorf negativ, wenn die Antifa kommt und sich – ich sage mal – schlecht benimmt. Dann sagen die [Dorfmarker, *Anm. d. V.*]: »Die bösen Linken«. Die machen uns im Grunde das kaputt« (I9). Auch andere Interviewte, die nach eigener Aussage selbst in den vergangenen Jahren den Protest begleitet haben, wussten von einer Bedrohlichkeit dieser Aktivisten zu berichten, die vor allem bei den Demonstrationen durch den Ort ausgestrahlt werde. Im Zuge dieser Schilderung eines bedrohlichen Habitus, den die vornehmlich jungen Demonstranten an den Tag legen würden, verwiesen die Befragten aber auch auf eine tatsächlich wahrgenommene Gefahr, die von der Gruppe ausginge – wobei sich immer wieder auf die weiter oben beschriebenen »unschönen Züge« aus den Jahren nach 2008 bezogen wurde.

Wichtig ist hierbei die Gegenüberstellung des wahrgenommenen Gewaltpotenzials der Ludendorffer und der Gegendemonstranten: Während von den jährlich anreisenden Sympathisanten des BfG nie körperliche Gewalt ausgegangen sei, sei es von Teilen des Gegenprotestes zu Gewalt gekommen. Fast identisch klingen in diesem Zuge zwei Interviewpassagen: Während ein Gesprächspartner von einem Vorfall berichtete, bei dem Teilnehmer aus dem Gegenprotest versucht hätten, durch eine Polizeikette hindurch in die Tagungsräume des BfG zu gelangen, bezog sich ein anderer auf die bereits zitierten (und nicht weiter konkretisierten) »unschönen Züge«, die der Gegenprotest vor Jahren angenommen habe. Gleich ist beiden jedoch die Gegenüberstellung der beiden »Lager«. So hieß es von einem Interviewten: »Weil, die Ludendorffer selbst, sind jetzt nicht – ohne Wertung – sind nicht gewalttätig« (I12), während ein anderer Interviewter sagte: »Ich will die [Ludendorffer, *Anm. d. V.*] jetzt nicht in Schutz nehmen, aber von denen ging nie irgendwie körperliche Gewalt aus. Das haben die nie gemacht. Nichts dergleichen« (I10).

Zuletzt trat ein Motiv zutage, das die Ablehnung des Protestes ebenfalls auf das Auftreten seiner Teilnehmer bezog, hierbei aber weniger kollektivierend auf eine einzelne Gruppe einging als eher konkrete Protagonisten als Verantwortliche benannte. Diese würden durch ihr Auftreten und ihre Äußerungen – auch in Bezug auf Dorfmark – bewirken, dass sich Bürger aus dem Ort weiter vom Protest entfernten. Dabei fiel insbesondere der Name einer Person – deren konkrete Identität unerheblich ist, weshalb wir zur Wahrung der Anonymität an dieser Stelle auf die Nennung des Namens verzichten –, welche die Dorfmarker als eine Art »Reizperson« ausgemacht hätten:

»Dieser [Name] ist natürlich nicht gut beleumundet hier im Dorf. Der ist natürlich auch von seiner Persönlichkeit nicht das, was wir haben wollen. Aber betreibt da eben Politik. Und das ist natürlich auch – die Tatsache, dass der [Name] sich gegen die Ludendorffer wendet, führt eher dazu, dass die Dorfmarker sich eher auf die

Seite der Ludendorffer stellen, weil der [Name] natürlich nicht die angesehenste Persönlichkeit hier im Ort ist.« (I8)

Dabei beziehe sich die Abneigung gegenüber der angesprochenen Person einerseits auf deren politische Ansichten; andererseits zeigen die Aussagen, dass auch der persönliche Umgang mit dieser Person als streitbehaftet und unangenehm dargestellt wurde, da es schon zu einigen Konflikten zwischen Einwohnern und besagter Person gekommen sei. Nicht zuletzt wurde dieser Person auch eine Führungsrolle innerhalb der Proteste nachgesagt, die sich dadurch auszeichne, dass sie Aktivisten aus dem antifaschistischen Spektrum mobilisiere, die – wie im vorherigen Absatz aufgezeigt – ebenfalls unerwünscht seien. Ganz unabhängig davon, wie sich diese Person im dorfmarschen Alltag verhielt: Allein der Projektionsmechanismus der Personalisierung dieser entsprechenden Reizperson auf den Gegenprotest und dessen politische Anliegen ist bemerkenswert. Insgesamt ergibt sich also eine Melange aus Animositäten gegenüber Protagonisten aus den Reihen des Gegenprotestes, die als weiteres Hemmnis für eine Beteiligung betrachtet wurden.

Fassen wir die Ergebnisse dieses Kapitels zusammen, ist letztlich eine denkbar schlechte Bewertung der seit 2007 stattfindenden Gegenproteste aus Sicht der Dorfmarker Einwohnerschaft zu bilanzieren. Auch wenn diesen von einigen Interviewpartnern zugutegehalten wurde, dass es durch sie das erste Mal zu einer Auseinandersetzung mit dem politischen Gehalt der Ludendorffer gekommen sei, überwog selbst bei solchen Dorfmarker Bürgern, die öffentlich gegen den BfG Stellung bezogen hatten, eine negative Einschätzung des alljährlichen Protestgebarens.

Wie blicken hingegen Aktivisten, die sich seit Beginn im Protest engagiert haben, auf die Rezeption von Kundgebungen und Demonstrationen seitens der Dorfmarker Bürger, was motiviert sie persönlich auch weiterhin zur Teilnahme an den Protesten und wie bewerten sie Protestmotivationen unter den Dorfmarkern? Bei den von uns Interviewten, die sich dem Gegenprotest zurechnen, lässt sich erkennen, dass diese vor allem Unverständnis für die Passivität bzw. befürwortende Haltung gegenüber den Ludendorffern aus dem Ort heraus äußerten. Als Engagierte, die sich bereits seit dem Aufkommen der Proteste im Jahr 2007 im Zuge der ersten Informationsveranstaltung und der darauffolgenden Mahnwache an diesen beteiligt hatten, waren unsere Interviewpartner von Beginn an überzeugt von der Notwendigkeit, dass die Tagungen des BfG nicht unwidersprochen bleiben dürften. Eine Überzeugung, die sie schon damals aufgrund der antisemitischen und rassistischen Weltanschauung der Ludendorffer gewonnen hätten – und bezogen auf heutige gesellschaftliche Prozesse als weiterhin besonders relevant empfänden (I13).

Indes monierten sie, dass diese Einsicht bei den Einwohnern nicht Einzug gehalten habe. Obwohl es ein konstituierendes Element des Protestbündnisses gewe-

sen sei, nicht nur auf der Straße »Gesicht zu zeigen«, sondern auch über Ideologie und Verstrickungen des BfG mit neonazistischen Kreisen zu informieren, habe dies vonseiten der Dorfmarker »nicht dazu geführt, Einsicht zu zeigen« (I13) und sich für ein Ende der Tagungen einzusetzen.

Stattdessen erkannten die Interviewpartner, wie die überwiegende Passivität der Dorfmarker Bevölkerung gegenüber den Ereignissen im Jahr 2008 in eine Abwehrhaltung gegenüber den Protesten umgeschlagen sei. Während die Medienöffentlichkeit ob der rassistischen Angriffe auf die internationale Jugendgruppe bewirkt habe, dass sich in den Folgejahren mehr Menschen mit den Protesten solidarisiert und sich an diesen beteiligt hätten, seien die Ereignisse im Bild der Einheimischen letztlich zulasten des Protestes gegangen. Dies begründe sich zum einen durch den »Medienrummel« (I13), in dessen Zuge sich die Einwohner zu Unrecht als rechtes Dorf stigmatisiert gefühlt hätten (und diese Stigmatisierung den Protestierenden zur Last gelegt hätten); und zum anderen durch die Reaktionen von Behörden und Polizei in den darauffolgenden Jahren, die von den Interviewpartnern als ungerechtfertigt wahrgenommen wurden. In den Jahren nach 2008 wurde sowohl die Anzahl von Bereitschaftspolizisten erhöht als auch die Proteste weiträumiger abgesperrt. Anstatt direkt vor dem »Deutschen Haus« zu stehen, waren die Demonstranten durch sogenannte Hamburger Gitter von der Gaststätte separiert. Außerdem sorgte die Lage des Gasthauses direkt an der Hauptstraße dafür, dass diese gesperrt wurde. Aus Sicht der Interviewten lieferten die Verantwortlichen den Dorfmarkern damit einen Vorwand für die Ablehnung der Proteste. Mit Blick auf die behördlichen Maßnahmen nach den Vorkommnissen von 2008 und deren Wirkung auf die Rezeption der Mahnwache hieß es dazu in der Erinnerung eines Interviewten:

»Naja, und da konnten die Dorfmarker wieder sagen – abgesehen davon, dass es die falschen Leute waren, die haben sich ja als Touristenort angesehen –, und jetzt haben wir [gemeint sind die Organisatoren der Mahnwache, Anm. d. V.] dafür gesorgt, dass da Polizei und Absperrungen, Hauptstraße ist gesperrt und so.« (I14)

Diese Frustration aufgrund der aus ihrer Sicht mangelnden staatlichen Problemwahrnehmung und unzureichenden politischen Unterstützung des Protestanliegens zeigte sich auch bei einem anderen Interviewten: »Und gegen den abgesperrt werden muss, der muss ja der Böse sein« (I13). Und so schlug die Frustration offenkundig auch aufgrund mangelnder Wertschätzung für ihr Engagement vonseiten der Lokalpolitik in Resignation um.

An dieser Stelle vermischen sich Selbstbilder, die wir schon in den einführenden Kapiteln aufgeführt haben, mit den in diesem Kapitel aufgezeigten Rezeptionen der Proteste durch die Einheimischen: ein Dorfmarker Selbstbild als touristisch attraktiver Ort, der seinen Feriengästen an Ostern einen möglichst freundlichen Eindruck vermitteln will, und der Wunsch nach Ruhe, der genauso für die

einheimischen Bürger gelte. Dass die Ablehnung der Ludendorffer aufgrund vermeintlich »objektiver« Begründungen aber nur eine Seite der Medaille sei, davon sind die Befragten ebenso überzeugt. Im Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung verberge sich vielmehr der Wunsch, den apolitischen Status quo im Verhältnis zu den Ludendorffern zu erhalten, d.h., die Bewertung einer Notwendigkeit der Proteste nicht an politische Fragen zu knüpfen. Einerseits werde dieses Bedürfnis durch ein spezielles Dorfmarker Klima aufrechterhalten, in welchem sich die meisten Einwohner einer politischen Auseinandersetzung mit dem BfG entziehen wollten, während die Besitzer von Gasthäusern und Ferienwohnungen sogar Partei für ihre Gäste (also die Ludendorffer) ergreifen würden. Andererseits habe aber auch schon nach 2008 die notwendige Unterstützung aus Politik und dem Bürgerhaus in Bad Fallingbostal gefehlt. Denn obwohl die damals verabschiedete Resolution vorgesehen habe, dass es in Dorfmark zu keinen weiteren Tagungen des BfG mehr kommen sollte, habe der politische Druck nicht ausgereicht, um dieses erklärte Ziel zu erreichen.

Aufgrund dieses Zustands standen für die interviewten Aktivist:innen lediglich kleinere Erfolge zu Buche, als wir sie nach der Wirkung, die der Protest in den vergangenen zehn Jahren erzielt habe, fragten. Einer dieser kleinen Erfolge sei nach 2015 der »Umzug« der Ludendorffer von der Gaststätte »Deutsches Haus« in das Gasthaus »Zur Post« gewesen. Damals habe ein Dorfmarker Bürger aufgrund der anhaltenden Proteste so lange auf die Betreiberin eingewirkt, bis diese sich schließlich dazu durchgerungen habe, die jahrzehntelange Kooperation mit dem BfG zu beenden – auch wenn diese Darstellung anderen Berichten widerspricht, wonach es vor allem der wirtschaftliche Druck aus der Region gewesen sein soll, der die Betreiberin zum Umschwenken bewogen habe.

Die Aktivist:innen waren sich zudem sicher, dass ihr Protest auch auf die Ludendorffer selbst eingewirkt habe. Als Beleg hierfür bezog sich ein Interviewter auf den Umstand, dass die Ludendorffer noch vor Jahren wie selbstverständlich durch den Ort spaziert seien, während die Gegendemonstrationen bewirkt hätten, dass sich die Mitglieder des BfG nun nicht mehr so einfach zeigen könnten (I14). Dass allerdings gerade dieser Effekt ausgerechnet als Erfolg ausgegeben wurde, verrät letztlich mehr über die Politikvorstellungen der interviewten Aktivist:innen als über das Anliegen des Protestes an sich. Denn es widerspricht nicht nur dem eigentlich ausgegebenen Ziel der Gegendemonstrationen, wie dem öffentlichen Problematisieren gewisser politischer Positionen, sondern es ist auch zu bezweifeln, ob solche Maßnahmen überhaupt einen (aus Sicht der Aktiven: vermeintlich positiven oder reflektierenden) Effekt auf die Politik- und Gesellschaftsvorstellungen der Ludendorffer haben können – zumal es viel wahrscheinlicher ist, dass solche öffentlichen Ausgrenzungen und Stigmatisierungen auch zu politischen Verhärtungseffekten und einem inneren Zusammenrücken der BfG-Mitglieder führen, womit das Ziel der Gegenproteste zumindest teilweise ad absurdum geführt wäre. Jedenfalls stand

am Ende auch für die interviewten Aktivisten ein eher ernüchterndes Urteil: »Aber eine wirkliche Entwicklung, dass die Bevölkerung oder auch die Gewerbetreibenden sich damit auseinandergesetzt haben und gesagt haben: ›Nein, das ist nicht unser Ding. Wir positionieren uns‹, das sehe ich nicht« (I13).

